

Sozialdemokratischer Pressedienst

Correspondent und Chefredaktion:
Gri. Hirschmann, Berlin.
Telephon: Carl-Duisenberg 4198-4199



Abdruck für Zeitung und Schriftleitung:
Berlin O 2 01, Zelle-Williams Platz 8
Telephon: Copeland

Die Herstellung erfolgt **Colotype**
Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung möglich. Haftung besteht
nur dem Druckverleger, wenn nicht anders bestimmt ist. August 1932 Seite 8 Berlin

Berlin, den 8. Septbr. 1932.

S t u r m .

Die Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister.

Int. Ins. Bureau
Des. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Am Donnerstag hatte der Reichsarbeitsminister mit den Spitzenverbänden der Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften eine Aussprache über Richtlinien für die Anwendung der Beschäftigungsprämien und der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit.

Sehr harmonisch und friedlich ist die Besprechung des Reichsarbeitsministers mit den Spitzen der Arbeitgeber verlaufen, die bereits am Mittwoch stattfand. Kein Wunder: die Regierung hat den Arbeitgebern mehr gegeben als sie erhofften. Millionensubventionen, Steuererleichterungen, Einstellungsprämien und Lohnabbau - die Regierung zeigte sich, wie fast in der gesamten Presse zum Ausdruck kommt, den Arbeitgebern gegenüber mehr als splendid. Eine Selbstverständlichkeit also, wenn sich Regierung und Arbeitgeber in ihrer Besprechung über die Durchführung des Wirtschaftsprogramms einig waren.

Ein ganz anderes Bild entrollte sich am Donnerstag in der Aussprache zwischen Regierung und Gewerkschaften. Dramatische Szenen gab es in dieser Aussprache. Zusammenstöße drohten zeitweilig die Besprechung zu sprengen, und das will schon etwas besagen. Gewerkschaftsvertreter sind ja zumeist nicht Leute, die leicht die Nerven verlieren. Sie haben in unzähligen Verhandlungen Selbstbeherrschung gelernt. Aber das schreiende Unrecht, das der neue Regierungskurs fortgesetzt den Arbeitnehmern gegenüber verübt und in der neuesten Verordnung auf die Spitze treibt, wurde nicht mit einem blossen Vorbehalt gegen die neuen Vorschriften - wie in der amtlichen Mitteilung über die Besprechung angedeutet wird - beantwortet. Anklagen, wuchtig und scharf, wurden gegen die Verantwortlichen des neuen Verordnungsunrechts gerichtet. Der Schrei der Erbitterung, der durch die Arbeitnehmerschaft des ganzen Reiches geht, fand in den Vertretern der Gewerkschaften unerschrockene Dolmetscher. Das Wesentliche der Aussprache war nicht die Erörterung der technischen Seite der Durchführung der neuen Verordnung, sondern der leidenschaftliche Protest gegen ein unmögliches Beginnen.

Der Reichsarbeitsminister versuchte unter dem Eindruck dieses Protestes immer wieder die Gewerkschaftsvertreter mit dem Hinweis zu beruhigen, dass das Ziel der Regierung doch die Beschaffung von Arbeit sei und dieses Ziel doch auch das Ziel der Gewerkschaften sei. Das Echo auf seiten der Vertreter der Arbeiter und Angestellten war: Gewiss soll Arbeit geschaffen werden, gewiss ist das auch unser Ziel, vor allem unser Ziel, aber der Weg, den die Regierung einschlägt, ist falsch. Das Lohnprämien-system ist nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch mehr als bedenklich. Es schafft unlautere und unsaubere Konkurrenzverhältnisse und garantiert trotzdem noch lange keine fühlbare Mehr-einstellung von Arbeitskräften. Der neue Lohnabbau, den die Tarifauflockerung im Gefolge hat, ruft die Gefahr einer neuen allgemeinen Lohnabbauwelle hervor.

Neue Schwächung der Kaufkraft bringt keine Beendigung der Deflation. Senkung der Gesteuerungskosten bis tief unter die Hungergrenze ist keine Lösung der gestellten Aufgabe. Die Verallgemeinerung des Hungers, unter dem die Arbeitslosen zugrunde gehen, ist kein Weg ins Freie. Die Regierung ist bereits mit ihrer Verordnung zur Senkung der Arbeitslosenunterstützung in eine Sackgasse geraten.

Der Reichsarbeitsminister, der von den Gewerkschaftsvertretern ein erschütterndes Bild gezeichnet bekam über das Elend, das infolge der Unterstützungskürzung über die Massen der Arbeitslosen hereingebrochen ist, erklärte, auch er sei davon überzeugt, dass dieser Zustand unhaltbar sei und unbedingt etwas zur Abhilfe geschehen müsse. Auch in der Frage der Blankovollmacht, die sich die Regierung vom Reichspräsidenten für die Umgestaltung der deutschen Sozialpolitik geholt hat, versuchte der Reichsarbeitsminister mit vielen Be-
teuerungen und Versicherungen den Sturm zu beschwichtigen.

Die Gewerkschaftsvertreter machten den Minister darauf aufmerksam, dass eine solche Blankovollmacht, wie sie sich die Regierung zur Umkrempelung aller sozialen Einrichtungen vom Reichspräsidenten habe geben lassen, einem Bruch der Verfassung gleichkomme. Nach der Reichsverfassung stehe dem Reichspräsidenten nicht das Recht zu, von vornherein alle gesetzlichen Bestimmungen auf sozialpolitischem Gebiet von sich aus völlig umzugestalten. Die Antwort des Ministers war: das wollen wir auch nicht. Worauf es von den Gewerkschaften zurückschallte: Wozu dann so viel Ellbogenfreiheit, wenn man sie gar nicht braucht und auch gar nicht ausnutzen will? Und ein Spötter im Hintergrund fragte: Will man etwa künftig nur die Reise nach Neudeck sparen?

Viereinhalb Stunden dauerte die Aussprache. Sie war mehr eine Abrechnung als eine Besprechung. Der Regierung wurde klarer Wein eingeschenkt und nichts geschenkt. Schärfste Verwahrung wurde von den Gewerkschaften gegen die neue Notverordnung erhoben. Die Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die gesamte Arbeitnehmerschaft mit allen zulässigen Mitteln gegen diese Verordnung unrecht ankämpfen wird. Die Regierung ist jetzt genau im Bilde über die Stimmung und das Urteil der Arbeiter gegenüber dem neuen sozialpolitischen Kurs und auffallend wirkt, dass sie selbst jetzt nach der Aussprache mit den Gewerkschaften ihre Verordnung eine "Versuchsverordnung" zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit nennt. Ist das bereits ein Rückzug? Auch die Regierung nennt ihr Experiment jetzt selbst einen Versuch. Nur ein Versuch ist's, aufgebaut auf Unrecht.

SPD. Frankfurt a.M., 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

Vom Frankfurter Schöffengericht wurden wegen schwerer Körperverletzung und Waffenmissbrauchs zwei Nationalsozialisten zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Beide waren geständig, am 18. Juli einem politisch linksstehenden Gegner vier lebensgefährliche Messerstiche in Brust, Arm und Rücken beigebracht zu haben. Der Lebenslauf der beiden Nazis ergab, dass sie wegen gemeiner Verbrechen mit Gefängnis vorbestraft sind. Der eine wegen Körperverletzung, Diebstahls und Unterschlagung; der andere wegen Diebstahls, zweimal schweren Diebstahls und Unterschlagung.

Der Staatsanwalt beantragte gegen jeden der beiden Angeklagten vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte jedoch auf je acht Monate Gefängnis, da die Angeklagten im Hinblick auf die Roheit und Gefährlichkeit der Tat und ihre Vorstrafen empfindlicher bestraft werden müssen.

Der Nationalsozialist Schmidt aus Unterliederbach bei Frankfurt erhielt wegen Körperverletzung aus politischen Gründen vom Frankfurter Schöffengericht einen Monat Gefängnis, weil er am Tage vor der Reichstagswahl einen sozialdemokratischen Flugblattverteiler überfallen und misshandelt hatte.

SPD. Stuttgart, 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

In einem Artikel, der sich mit den Auswirkungen der scharz-braunen Koalitionsverhandlungen in Berlin auf die Zusammensetzung der württembergischen Landesregierung befasst, macht der "Schwäbische Merkur" davon Mitteilung, dass die Zentrumsparlei beabsichtige, den württembergischen Staatspräsidenten Dr. Boitz anstelle oder zur Unterstützung des erkrankten Prälaten Kaas "in die führende Stelle ihrer Reichsleitung" zu berufen. Das Blatt bezweifelt im Anschluss an diese Mitteilung, dass er dann der württembergischen Politik noch in dem Maasse werde erhalten bleiben können, wie es sein Amt erfordert, und spricht die Erwartung aus, dass dann die jetzt nur geschäftsführende Regierung des Landes Württemberg auf einer erweiterten Grundlage in eine parlamentarische umgewandelt werden würde.

SPD. Der geschäftsführende Vorsitzende der Zentrumsparlei, Reichstagsabgeordneter Joos, äusserte sich am Donnerstag vor den Berliner Vertretern der Zentrumsparlei über die politische Lage.

Joos befasste sich einleitend kritisch mit den jüngsten Massnahmen der Papen-Regierung. Derartige Massnahmen seien möglich und erwünscht. Aber in wichtigen Punkten hätten andere Wege, als die erwählten, den Zweck besser erreicht und wesentliche Gefahren vermieden. Jedenfalls seien die jetzt geplanten Massnahmen in erheblichem Masse verbesserungsbedürftig.

Joos fuhr dann fort: Wir sind überzeugt, dass der Konjunkturtrieb nur dann anhält und die staatlichen Eingriffe nur dann die beabsichtigte Wirkung haben können, wenn eine Beruhigung und Festigung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet ist. Nur dann wird die für den Wirtschaftsantrieb notwendige Unternehmungslust angeregt, nur dann die Rückverwandlung von Geld in Kapital stattfinden, die an das Vertrauen der Wirtschaftsträger anknüpft. Wir sind nun ebenso davon überzeugt, dass in der augenblicklichen Regierungskonstellation diese politische Stabilität nicht gegeben ist und ganz offenbar durch sie auch nicht erreicht werden kann. Es ist dieser Regierung nicht gelungen, die dafür notwendigen Volkskräfte sich zu sichern, und zwar diejenigen, die auch die Basis für eine Mehrheit im Parlament abgeben können. Es scheint, als ob diese Regierung, die doch eine Neuwahl des Reichstags zu Beginn ihrer Tätigkeit für notwendig hielt, sich vor- genommen hat, auf die Mitwirkung der gewählten Volksvertretung bewusst zu verzichten.

In diesem Zusammenhang scheint mir besonders beachtenswert: Man kann gewisse Parteien, Fraktionen, Koalitionen diffamieren und dazu sogar die Mitwirkung von Zeitungen gewinnen, die versunkenen politischen Gruppen und Parlamentarischen Fraktionen bisher gedient haben. Wenn man aber nüchtern und sachlich die Folgewirkung einer solchen Regierungseinstellung zu Ende denkt, ergibt sich folgendes Bild: Wenn diese Regierung keine Mehrheit im Reichstage findet und trotzdem im Amt bleibt, ist sie gezwungen, den Reichstag wieder aufzulösen und dann entweder nach den Vorschriften der Verfassung Neuwahlen auszuschreiben oder verfassungswidrig zu regieren. Neuwahlen aber bedeuten Hemmung und Schädigung der wirtschaftlichen Initiative, bedeuten, dass die von der Regierung verordneten Wirtschaftsmassnahmen in der allgemeinen Beunruhigung verpuffen. Das Spielen mit dem Gedanken verfassungswidrigen Regierens vergrössert die Unsicherheit, und wirkt zerstörend auf den staatsbejahenden Geist der Bevölkerung. Was diese Regierung also mit der einen Hand zu geben sich anschickt, das müsste sie mit der anderen notwendigerweise wieder zerschlagen.

Klar ausgedrückt: solange die jetzigen politischen Verhältnisse bleiben wie sie sind - Gefahr von Staatsstreich, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl - wird auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht geweckt. Das Wirtschaftsprogramm wird keine Chance, weil die

Voraussetzungen zu seiner Erfüllung völlig ungewiss bleiben. Wer in Wahrheit den Erfolg will, muss die Voraussetzungen wollen. Aus diesem Grunde, aus nationalen und wirtschaftlichen Ueberlegungen, sollten Neuwahlen und politisches Experimentieren aus der Diskussion verschwinden.

Wenn diese Ueberlegungen richtig sind, muss eben alles darangesetzt werden, die Sicherung der politischen Stabilität in Verbindung mit dem gegenwärtigen neugewählten Reichstage zu suchen. Die gegenwärtige Regierung hat nur eine kleine Gruppe des Reichstags für sich. Die Zentrumsparlei hat von dem Zeitpunkt ab, da es feststand, dass der jetzigen Reichsregierung der Versuch einer Mehrheitsbildung im Reichstage misslungen war, diesen Versuch ihrerseits aufgenommen. Die Bemühungen des Zentrums - und ich kann hinzufügen gleichlaufend der Bayerischen Volkspartei - um eine parlamentarische Mehrheit sind sachlich so begründet, dass uns die Kritik einer gewissen politischen Tagesströmung nicht stören kann und nicht stören darf. Ohne auf Einzelheiten dieser Kritik einzugehen, darf ich zur vollen Klarstellung unserer Auffassung und unseren politischen Handelns noch folgendes feststellen: Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist die Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Innehaltung der Verfassung garantiert.

Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (so gen. Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden. Der normale Zustand ist der, dass das Kabinetts das Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten besitzt und das der Volksvertretung findet. Dem Zentrum hat in keinem Zeitpunkt der Verhandlungen der Gedanke eines einseitigen "Parteienkabinetts" vorgeschwebt. Die volle Mitwirkung des Parlaments war in Krisenzeiten zwar schwierig; was aber möglich sein muss, ist, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die in Selbstdisziplin einer Regierung auch ihres Vertrauens die Möglichkeit zu starker politischer Führung und zu entscheidenden Entschlüssen gibt. Nach unserer Ueberzeugung stehen solche Möglichkeiten, wie ich sie hier andeute, auch heute noch offen.

Wenn das Zentrum sich um die Sammlung einer solchen verantwortlichen Mehrheit in der Volksvertretung bemüht und seine Mitwirkung bereitstellt, so folgt es damit dem Weg, der sich in den letzten Jahren als notwendig erwiesen hat und von ihm bejaht worden ist. Reine Parteiüberlegungen könnten uns den leichteren Weg der Opposition weisen. Der Gedanke der Mitverantwortung an den Geschicken der Nation zwingt uns indes auf den Weg, den wir beschritten haben und pfllichtgemäß weiterverfolgen.

SPD. Breslau, 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

In dem Breslauer Sondergerichts-Prozess gegen den sozialdemokratischen Parteisekretär Kukielczynski und 22 Reichsbannerleute wurden am Donnerstag vor-mittag wieder zahlreiche Zeugen vernommen. Die Bekundungen dieser Zeugen, die nur zum geringen Teil der Eisernen Front angehören, fielen wesentlich eindrucks-voller und glaubwürdiger aus als die merkwürdig gleichlautenden Aussagen, die am Vortage von den unverkennbar nationalsozialistisch eingestellten Zeugen gemacht worden waren.

Keiner der am Donnerstag gehörten Zeugen hat gesehen, dass Kukielczynski ein aufreizendes Verhalten zur Schau getragen hat. Dagegen wurde von mehreren Zeugen einwandfrei klargelegt, dass Kukielczynski schon vor Eintreffen des Reichsbannerwagens von Nationalsozialisten angefallen und blutig geschlagen wurde. Ein Zeuge bestätigt, dass in dem Reichsbannerauto bei der Abfahrt vom Gewerkschaftshaus weder Latzen noch sonstige waffenartige Gegenstände lagen. Von mehreren Zeugen wurden die beiden mitangeklagten Nationalsozialisten Lux und Scharwentke stark belastet. Danach scheinen diese beiden Hakenkreuzler bei dem Ueberfall auf den Parteisekretär der SPD als Hauptschläger beteiligt gewesen zu sein. Der Vater Kukielczynskis äusserte bei seiner Vernehmung, dass sein Sohn von den Hitlerleuten in der gemeinsten Weise misshandelt worden sei. Ein Nazi-

Zeuge verwickelte sich bei seinen Darlegungen in peinliche Widersprüche, die im Gerichtssaale Heiterkeit erweckten.

Tiefen Eindruck dürfte die Bekundung des auf Wunsch der Verteidigung als Zeuge geladenen Breslauer Polizeipräsidenten Thaisa beim Gericht hinterlassen haben. Der Polizeipräsident schilderte den Angeklagten Kukielczynski, mit dem ihn sein Dienst häufig zusammengeführt habe, als einen besonnenen Menschen. Kukielczynski sei in seiner Eigenschaft als Parteisekretär und vor dem als Reichsbannersekretär immer bemüht gewesen, das politische Leben in Breslau von unnötiger Vergiftung freizuhalten und Zusammenstöße zu verhindern. Kukielczynski habe im übrigen auch an den Tagen unmittelbar vor dem Zusammenstoß in der Gallestrasse die Polizei mehrmals um persönlichem Schutz ersucht!

SPD. Mit der Rückkehr des Reichspräsidenten von Neudeck nach Berlin ist die deutsche Innenpolitik wieder einmal in ein entscheidendes Stadium getreten. Es geht um das Schicksal der Regierung Papen und um das Schicksal des Reichstags, dem bisher noch gar keine besondere Möglichkeit gegeben war, seine Arbeitsfähigkeit zu beweisen, der aber nach der Papen-Presse dennoch wegen "Arbeitsunfähigkeit" aufgelöst werden soll. "Arbeitsunfähig" ist er in Wirklichkeit nur insofern, als abgesehen von den Deutschnationalen keine Partei mit Herrn von Papen etwas zu tun haben oder gar mit ihm zusammenarbeiten will.

Die Frage ist deshalb, wird sich der Reichspräsident in den bevorstehenden Verhandlungen für die Person des Herrn von Papen gegen den Reichstag entscheiden, in dem immerhin 90 Prozent der erst vor wenigen Wochen gewählten Abgeordneten gegen von Papen stehen? Die Papen-Presse tut nach wie vor überzeugt, dass Hindenburg sich vor Papen stellt und sich einer Regierung, die sich schliesslich nicht nur auf sein Vertrauen sondern auch auf das des Reichstags berufen könnte, hindernd in den Weg stellen will. Weder eine Partei noch der Reichstag kann ihn heute daran hindern. Immerhin sind wir für den Fall, dass er dem Volke gegen den Willen des Reichstags bis auf weiteres noch die Reichskanzlerschaft des Herrn von Papen erhält, auf die verfassungsmässige Begründung dafür gespannt.

Die schwarz-braunen Koalitionspartner haben ihre Pläne trotz aller Drohungen der Papenpresse gegen den Reichstag bisher noch keineswegs verloren gegeben. In ihren Kreisen besteht immer noch die Hoffnung, dass sich der Reichspräsident ihren Argumentationen und Absichten schliesslich doch nicht hundertprozentig verschliesst und verschliessen kann. Das ist auch der Grund, dass das Zentrum am Donnerstag aus der in der letzten Zeit geübten Zurückhaltung herausgetreten ist und durch den Abgeordneten Josa vor der Öffentlichkeit Sinn und Zweck der schwarz-braunen Verhandlungen klargestellt hat. Zwar geben diese Auslassungen keinen Aufschluss über die Detailfragen, die in der Zwischenzeit von Zentrum und Nationalsozialisten zwecks Schaffung eines gemeinsamen Regierungsprogramms beraten wurden, aber sie lassen doch deutlich erkennen, welchen Weg das Zentrum in der letzten Woche gewandelt ist und weiter zu wandeln gedenkt.

Die Erklärungen, die Reichstagsabgeordneten Josa am Donnerstag vor den Berliner Vertretern der Zentrumspreese abgab, beginnen mit einer Kritik an dem Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen, ohne dass dieses Programm völlig verworfen wird. Vielmehr sehen Zentrum, und das gleiche ist von den Nationalsozialisten anzunehmen, in dem Programm "mögliche und erwünschte Massnahmen, die allerdings durch "andere Wege als die erwählten den Zweck besser erreicht und wesentliche Gefahren vermieden hätten". Jedenfalls seien die jetzt geplanten Massnahmen in erheblichem Masse verbesserungsbedürftig. Eine Formulierung, die erkennen lässt, dass die erstrebte schwarz-braune Koalition an die Arbeit der Papen-Regierung anknüpfen will. Ueber die Form haben sich die Wirtschaftssachverständigen der Nationalsozialisten und des Zentrums am Donnerstag mehrere Stunden lang unterhalten. Es ist anzunehmen, dass dem Reichspräsidenten darüber auf Wunsch ein eingehender Bericht erstattet wird. Vorher soll ihm durch den

Reichstagspräsidenten Goering und den Vizepräsidenten Esser auseinandergesetzt werden, warum die gegenwärtige Regierung eine Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht bewerkstelligen kann. Auch darüber gibt die Erklärung des Abgeordneten Joos interessante Aufschlüsse.

Aber wesentlicher als das ist das politische Ziel des Handels zwischen Zentrum und Nationalsozialisten. Es läuft nach Joos auf die Schaffung einer auf eine parlamentarische Mehrheit gestützten Regierung hinaus, die die "volle Innehaltung der Verfassung" garantiert. Auch diese Regierung soll kein "Parteienkabinett" sein, sondern sich zugleich auf das Vertrauen des Reichspräsidenten stützen. In dieser Hinsicht sind zwischen Zentrum und Nationalsozialisten ebenfalls bereits bestimmte Vereinbarungen getroffen, die dem Reichspräsidenten am Freitag in grossen Zügen unterbreitet werden dürften und die nach Form und Inhalt auf eine völlige Desavouierung der Naziagitation der letzten Jahre hinauslaufen sollen.

Ob es etwas nutzt? Ob der Reichspräsident bereit ist, auf das Kompromiss, das offensichtlich zwischen seiner Auffassung über die jüngsten Geschehnisse und der Auffassung von Nationalsozialisten und Zentrum, von diesen angestrebt wird, einzugehen bereit ist? Angesichts des grundsätzlichen Ergebnisses, das die Verhandlungen der schwarz-braunen Partner bisher gehabt haben, und angesichts der Argumentation, mit der sie die Notwendigkeit einer von einer parlamentarischen Mehrheit getragenen Regierung begründen, wird es nicht leicht sein, die Bestrebungen von Zentrum und Nationalsozialisten mit einer Handbewegung so abzutun, dass die Begründung dafür allgemein einleuchtend und durchschlagend erscheint.

SPD. Köln, 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

Eine alte Wahllüge, die nicht sterben will, geht jetzt in neuer Form durch die Rechts- und Nazipresse. Immer wieder wird behauptet, die "Rheinische Zeitung" in Köln habe 250 000 Mark aus preussischen Staatsmitteln erhalten. Diese Summe sei der Dachgesellschaft der sozialdemokratischen Zeitungsbetriebe, der Konzentration A.G., in Berlin, überwiesen und von ihr an die "Rheinische Zeitung" weitergeleitet worden.

Die "Rheinische Zeitung" weist diese Lüge am Donnerstag mit allem Nachdruck zurück. Weder von der preussischen Staatsregierung noch von der Konzentration noch von sonst irgendjemandem habe sie jemals eine Subvention oder einen verlorenen Zuschuss oder ein sonstiges Geschenk erhalten. Die "Rheinische Zeitung" sei auch ohne fremde Hilfe liquide und hoffe es zu bleiben.

SPD. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag vormittag den Reichskanzler von Papen zum Vortrag über die politische Lage.

Die Papen-Presse meldet, dass diese Unterredung hinsichtlich der politischen Lage zwischen Reichspräsident und Reichskanzler "völlige Uebereinstimmung" ergeben habe.

SPD. Paris, 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

Herriot scheint gegenüber den deutschen Militärforderungen immer dringlicher das Bedürfnis zu fühlen, sich an England anzulehnen. Aus diesem Bedürfnis heraus hat er am Donnerstag seinen Kabinettschef Marcel Ray nach London geschickt. Ray soll der englischen Regierung den Entwurf der französischen Antwort auf die deutsche Militärschrift überreichen und gleichzeitig ihre Ansicht darüber einholen. Den übrigen Mitgliedern des Vertrauenspaktes einschliesslich der Staaten der Kleinen Entente ist die französische Antwort auf diplomatischem Wege zugestellt worden.

SPD. Amsterdam, 8. Sept. (Fig. Drahtb.)

Im Hinblick auf die durch den niederländischen Seeleutestreik entstandene Lage beschloss die Internationale Vereinigung der Kauffarteeoffiziere in einer in Rotterdam abgehaltenen Sitzung, an der auch Delegierte aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den skandinavischen Ländern teilnahmen, die niederländischen Kauffarteeoffiziere in ihrem Kampf um die Behauptung der Arbeitsbedingungen weitgehend zu unterstützen. Der Streik, an dem die niederländischen Schiffsoffiziere beteiligt sind, wird in einer einstimmig angenommenen Entschliessung als von grösster Bedeutung für die Seefahrenden aller Länder bezeichnet. Alle angeschlossenen Organisationen wurden aufgefordert, einen Fond zur weitgehenden materiellen Unterstützung der niederländischen Kollegen zu bilden.

Die Transportarbeiterinternationale teilt gleichzeitig mit, dass in New Castle eine Konferenz der Führer der britischen Organisation stattgefunden habe. Es sei weitgehende Unterstützung zugesagt worden, falls die niederländischen Reeder ihre Schiffe zu anderen als den in den Niederlanden geltenden Arbeitsbedingungen fahren lassen sollten.

SPD. Auf Antrag der Nazis wurde im preussischen Landtag ein "Polizei=Untersuchungs=Ausschuss" eingesetzt. Er soll sich mit angeblichen Misshandlungen durch Polizeibeamte befassen, begangen an verhafteten Nazistrolchen. Der erste am Donnerstag in dem Untersuchungsausschuss behandelte Fall zeigte bereits die wahre Absicht, die von den Nazis mit dem neuen überflüssigen Ausschuss befolgt wird. Die Polizei soll für die Zukunft so eingeschüchtert werden, dass sie es nicht mehr wagt, Nazis zu verhaften. Ferner soll den kommenden Gerichtsverhandlungen gegen Nazis vorgegriffen werden und im voraus eine Mohrenwäsche der braunen Unschuldslämmer vonstatten gehen.

Am Donnerstag verlas sich der Ausschuss mit dem Fall Wölfel. In der Nacht vom 11. zum 12. Juli wurde in Berlin der Reichsbannerführer Wölfel von Nazis überfallen und schwer verletzt. Die Täter flüchteten in ein Verkehrslokal ihrer Partei. In diesem Lokal wurden später von einem Ueberfall=kommando der Polizeiwache in der Lynaer-Strasse mehrere Nationalsozialisten festgenommen. Sie sind teilweise noch in Hand, erscheinen vor dem Untersuchungsausschuss und behaupten, von der Polizei beschimpft und misshandelt worden zu sein. In den Polizeiakten sind diese angeblichen Vorfälle nicht erwähnt.

Auf Verlangen des Abg. Dr. Hamburger (Soz.) verlas der Berichterstatter den Inhalt des polizeilichen Meldebuchs, aus dem hervorgeht, in welcher viehischer Weise Wölfel von fünf Nazibanditen von hinten niedergeschlagen und wie der auf dem Boden liegende, wehrlose Arbeiter derart getreten und geschlagen wurde, dass er schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden musste. Die Zähne waren ihm eingeschlagen, der Kopf blutete aus einer klaffenden Wunde, ein Bein war gebrochen. Nach dieser Heldentat flüchteten die Täter. Sie wurden von Zivilisten verfolgt und später von der Polizei verhaftet.

Der vom Ausschuss vernommene Führer des Ueberfallkommandos bestreitet entschieden, irgend etwas von einer Misshandlung der Verhafteten gesehen zu haben. Die Attentäter behaupten es dennoch, lebhaft unterstützt von den Nazi-Abgeordneten. Die Angaben der Nazis sind schwankend und widerspruchsvoll, und die Naziabgeordneten behandeln die Angelegenheit so, als seien die Polizisten die Verbrecher und nicht die feigen Banditen, die einen im Morgengrauen zur Arbeit gehenden Familienvater halbtot geschlagen haben.

Der Polizei=Untersuchungsausschuss dürfte seine Arbeit erst nach mehreren Wochen abschliessen.

SPD. Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum die am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Goering stattfanden, dauerten mehrere Stunden. Offiziell wird darüber mitgeteilt:

"In einer gemeinschaftlichen Besprechung, die zwischen Abgeordneten der NSDAP und Zentrumsparlei am Donnerstag nachmittag stattfand, beschäftigte man sich mit wirtschaftlichen Fragen. Im Vordergrund standen das drängende Problem der Arbeitslosigkeit, ferner die Konjunkturlage, das Wirtschaftsprogramm der Regierung Papen und die Sorge für den Winter. Die Sachverständigen beider Parteien äusserten ihre ernsten Bedenken, dass die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlasscheine das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stätten zurückzubringen, nicht erreichen, vielmehr in eine schwere Enttäuschung münden werde. Der sozialpolitische Teil der Notverordnung, der den ganzen Bestand sozialer Rechte und Einrichtungen in das Ermessen einer Regierung stellt, die nur eine kleine Minderheit in der Volksvertretung und sicher keinen Rückhalt in Arbeitnehmerkreisen besitzt, fand übereinstimmende Ablehnung. Darüber hinaus klärten die Besprechungen hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturausschlusses Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist."

SPD. London, 8. Sept. (Eig. Drahtb.)

Henderson, dessen Gesundheit wieder völlig hergestellt ist, sprach am Donnerstag auf dem Gewerkschaftskongress in New Castle. Der Präsident der Abrüstungskonferenz benutzte diese Plattform, um über die Genfer Abrüstungskonferenz einiges zu sagen, was im Lichte des deutschen Rüstungsschrittes besonders aktuell erscheint.

Henderson wandte sich zunächst dagegen, dass man die Abrüstungskonferenz fortwährend als einen Misserfolg bezeichne. Zwar gebe er zu, dass Anlass zu Enttäuschungen bestehe. Aber man dürfe auch die Vereinbarungen nicht vergessen, die erreicht hätten 1) das Verbot der Bombardierung mit Flugzeugen, 2) das Verbot des chemischen Krieges und 3) die Beschränkung der Rüstungsausgaben. Die Konferenz würde in Kürze durch die deutsche Forderung auf Wiederaufrüstung in eine kritische Situation gelangen. Die deutsche Forderung müsse aber von den ehemaligen Alliierten behandelt werden. Diese Mächte hätten den Besiegten gegenüber Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierungen dieser Mächte sollten zusammenkommen und in aller Öffentlichkeit erklären, dass sie bereit seien, ohne Reserve die Verpflichtungen zu erfüllen, die sie in Versailles im Jahre 1919 übernommen hätten, nämlich die Verpflichtung selbst abzurüsten!

SPD. Der Reichstagspräsident hatte am Donnerstag eine Unterredung mit dem Reichskanzler, die ausschliesslich der Vorbereitung der bevorstehenden Reichstagsatzung galt. Es bleibt vorläufig dabei, dass der Reichstag am Montag um 15 Uhr zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammentritt und sich dann auf Dienstag vertagt. Am Dienstag soll die Debatte über die Regierungserklärung beginnen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören am Freitag

vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Die Stimme der Toten.

SPD. Auf dem Schlachtfelde von Peronne sind bei Ausgrabungen die Leichen von 59 deutschen und französischen Soldaten freigelegt worden. Seit dem Ende des Krieges sind 14 Jahre vergangen und noch immer sind die Spuren der grossen Zerstörung nicht verschwunden, noch immer steigen die Opfer empor aus der Erde - eine stumme Mahnung an die Lebenden.

59 Todesopfer des Weltkrieges - die Nachricht wird als Kuriosität in der Nachrichtenpresse verzeichnet. Ein halbes Dutzend Zeilen über eine Merkwürdigkeit, und dann aus. Wer hört die stumme Mahnung dieser Toten? Die Abrüstung völlig verfahren, in allen Ländern neuer Drang zum Aufrüsten und Wettrüsten, Manöver und Kriegsspiele überall, dazu ein Aufputschen des Völkerhasses und der Kriegsstimmung durch die chauvinistische Presse aller Länder, ein Lärmen kriegslüsterner Parteien und Verbände, dass die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit erstickt - wer hört da auf die Mahnung der Toten, die heute noch aus der Erde zum Licht emporsteigen?

59 Tote des Weltkrieges - das ist der Schmerz von 59 Familien, die Verzweiflung von 59 Müttern und Ehefrauen. Wer denkt noch an ihre Tränen, wer denkt an die Kinder, denen sie entrissen worden sind? Wer diesen 59 Toten seine Stimme leiht, der muss heute gewärtig sein, dass er als Schlappmacher, als Feigling, als erbärmlicher Pazifist verschrien wird von denen, die die Seelen der Jugend heute wieder vergiften mit der Propaganda des Krieges!

Die Toten des letzten grossen Krieges sind noch nicht zur Ruhe gekommen. Sollen wir schweigend zusehen, wie das Gespenst des nächsten Krieges näher-rückt?

Ein Nazibaron.

SPD. Die Herrschaften vom Braunen Haus krakeelen jetzt über die feinen Leute, die auf ihrem Rücken in die Macht gestiegen sind. Der Krakeel ist für die Bierabteilung der NSDAP bestimmt, die die nichtfeinen Leute umfasst, und der Zweck ist, die Blicke der gewöhnlichen Parteianhänger von der Weinabteilung der NSDAP abzuhalten. Gibt es da nicht Hohenzollernprinzen, Herzöge, Prinzen, Fürsten, Grafen und Barone die Hülle und Fülle, spielen sie nicht eine wichtige Rolle im Führerstab Hitlers?

Sie können aber auch noch andere nette kleine Rollen spielen, die Nazibarone! In Kassel erstarben die Nazis vor Ehrfurcht darüber, dass ein leibhaftiger Baron von K. ihre Parteileitung mit seiner Anwesenheit beehrte und Geschäfte mit ihrem Parteiorgan machte. Der Herr Baron war wirklich ein feiner Mann. Er ging mit der Sekretärin aus dem Nazibüro auf und davon und mit ihm ein Auto, das er eben erst auf Abzahlung bei einem Naziautohändler gekauft hat. Dem Naziautohändler ging sein Geld über die Ehrfurcht vor dem Herrn Baron, er setzte dem Flüchtigen nach, zunächst nach Göttingen. Dort fand er jedoch nur die Kleider der Sekretärin vor, die das Paar für rückständige Miete verpfändet hatte. Nun ging die Jagd weiter nach Dortmund und dort war sie aus, denn der Herr Nazibaron hatte das Auto im Hotel, in dem das Pärchen gewohnt hatte, für Wohnung und Zeche verkauft!

Der Herr Nazibaron aber und die "echte deutsche Frau", die mit ihm reist,

Die werden nun wohl gemeinsam mit Goebbels & Co. über die feinen Leute krakeelen, über die Barone, die sich auf ihrem Rücken in die Macht geschlichen haben. Denn wenn nicht gegen die Papenbarone krakeelt würde, könnte das gemeine Volk auf den Gedanken kommen, sich einmal die Nazibarone anzusehen!

Der Untertan.

Der deutsche Untertan ist unsterblich. Wer ihn finden will, muss sich bei den Hausagrariern umsehen. Soweit sie nicht Nazis geworden sind, haben sie seit dem schmachvollen Ende der Wirtschaftspartei die Nase voll von der Politik. Aus Berliner Hausbesitzerkreisen ist ein offener Brief an den Reichspräsidenten verfasst und als Flugblatt verbreitet worden, der ein Dokument der echten Untertanengesinnung ist.

"Sehr geehrter Herr Reichspräsident"-so heisst es darin-"befreien Sie das deutsche Volk aus den Klauen der Politik. Lösen Sie den Reichstag auf, notfalls auch die Landtage und nehmen Sie Neuwahlen erst für Anfang 1936 in Aussicht. Bis dahin hat Burgfriede zu herrschen. Lassen Sie die Politik von nun ab aus dem Spiel, und wenn Ihnen jemand davon redet, dann sagen Sie ihm, er solle 1936 damit wiederkommen."

Der Spiessbürger aus dem Hausbesitzerlager will seine Ruhe haben und natürlich dabei verdienen, denn, so rechnet er vor, in diesem Zeitraum könnten an Kosten der Parlamente 100 Millionen Mark erspart werden und diese 100 Millionen könnten dem Hausbesitz zur Wiederinstandsetzung zur Verfügung gestellt werden. Damit die Herren Hausbesitzer eine Subvention erhalten, soll kurzerhand die Verfassung und das Recht des Volkes entzweigeschlagen werden!

Der unverbesserliche Hausagrariere und Untertan, der dies fabriziert hat, unterzeichnet sich "der ruhige und arbeitsame Bürger." Natürlich, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! In einem Punkte wünschen wir dem Untertanen vollen Erfolg, wir wünschen, dass es ihm gelingen möge, seinesgleichen in grosser Zahl aus der Politik herauszuziehen. Wir lassen nämlich die Finger nicht von der Politik!

Die Absteige.

Die folgenden Darlegungen sind Herrn Bracht gewidmet, sowie seinen Ratgebern, die sich so eifrig um Sittlichkeit und Christentum bemühen.

Der evangelische "Reichsbote", das Blatt der frommen Pastoren, hat in der Beilage "Kirche und Schule" seiner Nummer 216 einen Giftpfeil gegen die katholischen Kollegen abgeschossen. Er zitiert einen Bericht der "Germania" über die Einweihung eines katholischen Hauses in Berlin:

"In einem besonderen Flügel des Christ-König-Hauses, gleich anschliessend an das Ledigenheim, ist das katholische Hospiz der Johannesschwester untergebracht. Es soll den katholischen Durchreisenden in der Reichshauptstadt dienen, und in Zukunft das Absteigequartier, besonders der vorübergehend in Berlin anwesenden Geistlichkeit werden."

"Wer lacht da" - so setzt der fromme "Reichsbote" diesem Zitat hinzu. Nun fragen wir Sie, Herr Bracht, was gibt es da zu lachen? Der fromme "Reichsbote" wird doch nicht etwa bei seinem angeblichen Witz den Ton auf das Wort "Absteigequartier" gelegt haben, in der Annahme, dass die frommen Pastoren, die sein Blatt lesen, bei dem Wort "Absteigequartier" sofort an den geläufigen Begriff die Absteige denken würden! Ist es erlaubt, Herr Bracht, dass ein frommes Blatt auch nur diesen Verdacht hervorrufen darf? Darf ein frommer Christ überhaupt an so sündige Dinge denken, wie sie Absteigequartiere darstellen? Hilfe, Herr Bracht! Das Einfachste ist, Sie schaffen alle Absteigen ab, dann können auch fromme Pastoren nicht mehr der sündigen Anwendung verfallen, an sie zu denken!

„Aus aller Welt“

Der verscholtzte Rundfunk.

Die Berliner Funkstunde verurteilt! - Der Prozess Dr. Kürschner vor dem Arbeitsgericht - Scholz oder die Geschichte eines Charakters.

SPD. Das Berliner Arbeitsgericht verurteilte am Donnerstag die Berliner Funkstunde A.G. zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe von 3 000 Mark an den von ihr "aus politischen Gründen entlassenen" früheren Leiter der aktuellen Abteilung, Dr. Kürschner. Der Vorsitzende des Rundfunkbetriebsrats, Edleff Köppen, hatte gegen diese Entlassung "wegen unbilliger Härte" Protest erhoben, während der Rundfunk in einem früheren Termin geltend machte, dass es sich hier um eine Kündigung handle, gegen die gesetzlich nichts einzuwenden wäre.

Das Gericht stellte nach langer Verhandlung fest, dass Dr. Kürschner seine Aufgabe sachlich erfüllt habe. Dass seine - in dieser brüskten Form nicht zulässige - Entlassung aus politischen Gründen erfolgte, gehe also nicht nur hieraus hervor, sondern auch aus der allgemein bekannten Tatsache, dass der Rundfunk beabsichtige, in Zukunft die Ziele der Rechtsparteien stärker als bisher zu betonen.

Das Urteil des Berliner Arbeitsgerichts ist ein Schlag in das herausfordernde Gesicht des Reichsrundfunkkommissars Dr. Scholz. Die plumpe Art und Weise, in der der neueste der "neuen Herren" Politik macht, findet hier sozusagen seine gerichtliche Bestätigung. Zuerst wurde von Scholz Herr Dr. Flesch, der Intendant der Berliner Funkstunde, in die Wüste geschickt. Flesch, ursprünglich Rundfunkleiter in Frankfurt am Main, hatte dem Berliner Rundfunk ein nicht immer restlos befriedigendes, aber doch jedenfalls besonders auch in musikalischer Hinsicht, oft recht künstlerisches Gesicht gegeben - es half nichts, die Leistung konnte ihn nicht retten; der Jude, obschon er zum Zentrum übergetreten war, wurde verbrannt. Es blieben noch andere Opfer auf der Strecke; dass es die Begabteren gewesen zu sein scheinen, beweist die zunehmende Verflachung und Verödung des Rundfunkprogramms, von seinem lärmenden, geistlosen Militarismus ganz zu schweigen. Und der Fall Kürschner sollte nochmal besonders aufhorchen machen - so gern man jetzt eigentlich abstellt, wenn sich der Rundfunk meldet.

Die Funkstunde machte vor dem Arbeitsgericht geltend, dass Dr. Kürschner in erster Linie als erst im reiferen Alter eingebürgerter "geborener Ausländer" ungeeignet sei, "als Träger und Mittler deutscher Kultur und deutschen Geistes" angesehen zu werden; die Stelle, die er innehatte, müsste von einem "Nationaldeutschen" besetzt werden. Dr. Kürschner brachte hierauf zahlreiche Beispiele vor, die beweisen, wieviele angebliche "Ausländer"-ihr Herkunft aus dem deutschen Kulturkreis vorausgesetzt - Förderer, Träger und Mittler deutscher Kultur gewesen sind: von Helmut von Moltke, der in der dänischen Armee gedient hatte, über Kainz, Max Reinhardt, den exzaristischen Offizier und deutschnationalen Abgeordneten Freytag-Lorringhoven bis zu dem "gelernten Deutschen" und Chefredakteur der "Deutschen Allgemeinen Zeitung" Dr. Fritz Klein. Abgesehen davon muss hinzugefügt werden, dass zum Nachfolger Dr. Kürschners vom Reichsrundfunkkommissar Dr. Scholz ausgerechnet Herr Arnolt Bronnen, gleichfalls ein noch nicht "eingebürgerter" Schriftsteller, eingesetzt worden ist. Das Dichtertum dieses Herrn ist eine eigene Sache. Solange er von "Vatermord" bis zu "Barbara la Marr" Dramen und Romane

produzierte, die einander an Qualität zwar sämtlich unterboten, an sexueller Perversität einander jedoch von Unfall zu Unfall übersteigerten, war es die Nazipresse, die Bronnen als Juden, Judenstümmling und angeblichen "Bronner aus Wien" aufs heftigste befandete. Erst als Herr Bronnen sein vaterländisches Herz entdeckt hatte und sich auf einmal nicht nationalistisch genug gebärden konnte, nahmen die Götter des Nationalismus, sonst ebenso inständig wie vergeblich auf der Dichtersuche, den gefundenen Sohn offen in ihre Arme auf. Soviel nebenbei über den Bronnen, aus dem die Funkstunde jetzt deutsche Kultur schöpft....

Kürschner selbst machte vor Gericht noch einige recht interessante Ausführungen über den Hüter seines Bronnens, eben jenen famosen Reichsrundfunkkommissar Scholz. Herr Scholz beschwerte sich - nach Kürschner - seinerzeit bei dem damaligen Reichsinnenminister Severing über das Misstrauen, das man ihm entgegenbringe: er stehe doch auf dem Stresemann-Flügel der Deutschen Volkspartei, die ihn früher zu den Ihren zählen durfte; er sei doch ein treuer republikanischer Beamter usw. Scholz war auch dafür eingetreten, dass Brüningreden auf Schallplatten übertragen werden sollten; er verhinderte, dass bei den Präsidentenwahlen 1932 ein anderer Kandidat als Hindenburg sprach; er erklärte feige ausweichend, dass im Falle des Ablebens des früheren Kaisers die Regelung der Programmgestaltung eben dem "Takt" der einzelnen Intendanten überlassen bleiben müsse - alles das allerdings, bevor die Nazikonjunktur ihren Höhepunkt erreichte und Herr Scholz das Mitgliedsbuch der braunen Garde erwarb.

Die Berliner Scholz-Opfer (ausser Flesch und Kürschner fiel noch der modern-musikalische Gronostay) sind nicht die einzigen. In Breslau wurde der ausgezeichnete literarische Dr. Engel plötzlich entlassen, offenbar weil er sich durch Inszenierung einiger sozialer Hörspiele reichlich verdächtig gemacht hat. Was sich unter Herrn Scholz noch ändern wird, wissen wir nicht; die Namen seiner Helfer verheissen nicht gerade besonders viel "Kultur": sein persönlicher Referent ist der Rundfunkkommissar Dr. Krukenberg vom "Reichsverband der deutschen Industrie"; ein weiterer Assistent ist Direktor Walter Beumelburg, früherer Berliner Vertrauensmann der "Orgesch"; kommissarischer Referent für kulturelle Programmarbeiten ist Herr Dr. Kurt Stapelfeld, früherer Redakteur der "Hamburger Nachrichten", des deutschnationalen Schutzorgans der Mörder von Beuthen.

Man hat ausgerechnet, dass die gesamte Umorganisation des Rundfunks, die Liquidationsunkosten und die Abfindungen für abgebaute Angestellte insgesamt 2,75 Millionen Mark ausmachen. Alles von Deinen 2 Mark! Aber darüber hinaus zahlt das Volk auch die geistigen Kosten: die letzte Schönheit der Kultur, die letzte Freiheit der Meinung ist aus dem Lautsprecher verbannt, und Stumpfsinn scholzt aus den Ruinen!

Ego.

+ + +

Der Berliner Lustmord. Die näheren Umstände der Ermordung der 56jährigen aus Italien stammenden Sprachlehrerin Emma Carl-Bruscato in Berlin-S. sind noch völlig ungeklärt. Für die Ergreifung des Täters hat die Polizei die übliche Belohnung von 1000 Mark ausgeschrieben.

Am Tatort wurde festgestellt, dass Frau Carl-Bruscato von ihrem Mörder durch einen furchtbaren Boxhieb zu Boden geschlagen und mit einem Leinenfetzen erwürgt worden ist. Eine leere Aktentasche und ein grauer, weicher Hut mit schwarzem Band lag auf dem Schreibtisch; ferner fanden sich an dem Bademantel des seit längerer Zeit verreisten Untermieters der Ermordeten frische Blutspuren. Man rechnet mit der Möglichkeit, dass eine Person als Täter in Frage kommt, die von Frau Bruscato ein Zimmer mieten wollte. Auch deuten verschiedene Zeugenaussagen in diese Richtung.

+ + +

Früh übt sich... In Berlin wurden am Donnerstag der 25jährige Herbert Pirwitz und sein 23 Jahre alter Freund Werner Lüge unter der Beschuldigung des Bankbetruges verhaftet. Pirwitz und Lüge wurden nach längerem Kreuzverhör überführt, Mitte Juni ein Berliner Bankinstitut mit Hilfe eines raffinierten Tricks um 40 000 Mark geschädigt zu haben. Die Kriminalpolizei sucht noch einen dritten Komplizen, einen gewissen Ernst Böhm.

+ + +
Die Todesflut. Bei Ueberschwemmungen in Texas sind 13 Personen ums Leben gekommen; der entstandene Sachschade geht in die Millionen.

+ + +
Auch ein "Nordhäuser". Ein Kurpfuscher in Nordhausen wurde vom dortigen Gericht zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte ein angeblich gegen Fallsucht wirksames Mittel, das zum grössten Teil aus Brunnenwasser bestand, zum Wucherpreis von 107 Mark verkauft.

+ + +
Leuchtende Zähne. Die letzte amerikanische Verrücktheit: ein Dentist in Chikago empfiehlt eine chemische Substanz, die angeblich die Zähne auch im Dunkeln leuchten lässt.

+ + +
Ehestreit - Zuchthaus. Vom Berliner Sondergericht (Marschner-Kammer) wurde der Maurer Hermann Wiesemann wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und wegen tatsächlichen Angriffs gegen einen Polizeibeamten aufgrund der Terrornotverordnung vom 9. August zur Mindeststrafe von einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Wiesemann hatte bei einem Streit Frau und Tochter misshandelt, später richtete sich seine Wut und Schlagfertigkeit auch gegen die von Nachbarn zu Hilfe gerufenen Polizeibeamten. Das Gericht erklärte, dass trotz der Alltäglichkeit der Affäre zu dem Zuchthausurteil kommen müsse, da der Tatbestand eines Angriffs gegen einen Beamten auch dann unter die Terrorverordnung falle, wenn rein private und unpolitische Gründe zu diesem Angriff geführt hätten. Das Gericht hob jedoch den Haftbefehl auf und überliess die weitere Entscheidung der Gnadeninstanz.

+ + +
Ein Wohltäter. Der auf einer Autofahrt tödlich verunglückte Dresdener Baumeister Göpfert hinterliess sein mehrere Millionen betragendes Vermögen fast vollständig wohltätigen Stiftungen und Einrichtungen. Der Hauptteil soll zur Errichtung eines Heimes für erholungsbedürftige, unbemittelte Dresdener Männer und Frauen dienen, die in jenem Heim unentgeltlich aufgenommen werden sollen. Auch der Dresdener Akademie der bildenden Künste, an der Göpfert studiert hat, wurde eine grössere Summe zur Verfügung gestellt. Die Akademie soll nach der Bestimmung des Verstorbenen alljährlich eine Anzahl jugendlicher Künstler zu Studienzwecken nach Italien schicken.

+ + +
Ein Todespaket. Ein eigenartiger Sprengstoffanschlag wurde auf den Zugführer eines zwischen Kowno und Eydtkuhnen verkehrenden Personenzuges verübt. Man übergab ihm bei der Abfahrt in Kowno ein an seine Adresse gerichtetes Paket. Er öffnete es auf der Fahrt - der Inhalt explodierte und verletzte ihn lebensgefährlich.

+ + +
Preis der Zeit. Als der seit einem Jahr arbeitslose Olympiasieger im Bentamgewichringen, Jakob Brendel, nach seiner Heimatstadt Nürnberg zurückkehrte, überbrachte ihm Oberbürgermeister Dr. Luppe den vaterstädtischen Lohn: die Nachricht, dass eine grosse Motorenfabrik ihn anstellen werde....



Kampf gegen den Abbau.

Unverstand bei der Reichsbahn.- Entgegenkommen der Reichspost.

SPD. Der Hauptbetriebsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft wendet sich in einer Entschliessung, die von ihm am Donnerstag angenommen wurde, mit aller Entschiedenheit gegen den Massenabbau in der Bahnunterhaltung. Dieser Abbau stehe mit den Massnahmen der Reichsregierung zur Entlastung des Arbeitsmarktes in unlösbarem Widerspruch. Er sei auch sachlich nicht gerechtfertigt, weil man bereits die Arbeitsrotten in der Bahnunterhaltung so stark geschwächt habe, dass eine ordnungsmässige Arbeit nicht mehr möglich sei.

In der Entschliessung wird ferner zum Ausdruck gebracht, dass die Entlassung von etwa 52 000 langjährig beschäftigten Arbeitern, die auch um ihre Altersversorgung gebracht werden, eine ungeheure Härte darstelle und für die betroffenen Eisenbahnerfamilien unsagbares Elend zur Folge haben müsse. Der Hauptbetriebsrat stellt fest, dass die Entlassungen vermieden werden könnten, wenn bei der Hauptverwaltung der gute Wille dazu vorhanden wäre.

In diesem Zusammenhang wird vom Hauptbetriebsrat erneut auf die wohlbegründeten Vorschläge der Gewerkschaften verwiesen. Die geforderte Arbeitsbeschaffung könne mit geringen Mitteln durchgeführt werden, während die Arbeitsstreckung im Betriebs- und Verkehrsdienst ohne weitere Kosten möglich sei. Durch die Entlassungen komme das Gleiserneuerungsprogramm um ein volles Jahressoll in Rückstand, obwohl das Material für 1 800 Kilometer Gleis vorhanden sei.

Die Eisenbahner erwarten, dass die der Hauptverwaltung und der Reichsregierung unterbreiteten Vorschläge für ein weitgehendes Arbeitsbeschaffungsprogramm unter Ausnutzung aller geeigneten Kreditmöglichkeiten verwirklicht werden.

+ + +

Die neuen Verhandlungen der Gewerkschaften mit der Reichspost zur Vermeidung von Massenentlassungen, wie sie aus der Einschränkung der Briefzustellung drohten, sind nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Das Reichspostministerium zeigt jetzt Entgegenkommen.

Der Staatssekretär erklärte bei den Verhandlungen, die ganze Abbauforderung sei aufgebauscht worden. Die Reichspost habe nicht die Absicht gehabt, Massenentlassungen vorzunehmen. Die Anpassung des Zustellungsdienstes an den Verkehr sei bereits erfolgt, und wo das noch nicht der Fall sei, werde die Anpassung noch nachgeholt werden müssen; das mache allerdings noch einige Entlassungen notwendig.

Wichtiger als dieser Entschuldigungsversuch ist die Bereitschaft des Reichspostministeriums, auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung zur Vermeidung des drohenden Abbaues mitzuwirken. Die Vertreter der Organisationen haben dem Ministerium diesen Weg vorgeschlagen. Sie machten darauf aufmerksam, dass die Posthelfer noch eine Arbeitszeit von 51 Stunden haben; man solle eine Verkürzung der Arbeitszeit um ein Siebentel vornehmen. Der Staatssekretär war damit einverstanden. In den Bezirken sollen sofort Verhandlungen zwischen der Post und den bezirklichen Organisationsvertretern aufgenommen werden, um mit Hilfe der Arbeitszeitverkürzung drohende Entlassungen zu verhindern.

Der Staatssekretär rechnet im übrigen auch mit der Möglichkeit, dass auch die Urlaubshelfer, die stets im Herbst wieder zur Entlassung kommen, im Dienst verbleiben können.-

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnkürzung. Das allein ist ein Ausweg. Wir sind gespannt, wie die Arbeitszeitverkürzung bei der Reichspost in ihrer finanziellen Auswirkung aussieht.

SPD. Im Lohnkonflikt der westsächsischen Textilindustrie sind die neuen Verhandlungen gescheitert. Der Schlichter hat daraufhin eine Schlichterkammer gebildet, die am kommenden Montag zusammentritt.

Die Arbeitgeber brachten bei den Verhandlungen nochmals zum Ausdruck, dass sie auf einer Lohnsenkung bis zu 20% bestehen müssten. Die Gewerkschaftsvertreter führten den Nachweis, dass die Löhne in der sächsischen Textilindustrie erhöht werden müssen. Sie vertraten den Standpunkt: lieber keinen Tarifvertrag als eine neue Lohnsenkung.

SPD. Der kanadische Arbeitnehmervertreter im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, Tom Moore, hat an den Präsidenten des Verwaltungsrates die Bitte gerichtet, mit allem Nachdruck sich für die Einführung der 40-Stundenwoche einzusetzen. Kanada habe auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung bereits einige Erfahrungen, und diese sprächen für die 40-Stundenwoche. Öffentlich gelinge es dem Verwaltungsrat, in der Arbeitszeitverkürzungsfrage, die für alle Industriestaaten eine Lebensfrage geworden sei, ein positives Ergebnis zu erzielen.

+

Die italienische Regierung hat eine Besprechung mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern anberaumt, um über die für die Einführung der 40-Stundenwoche notwendigen Massnahmen Klarheit zu schaffen. Offenbar will Italien unabhängig von dem Ergebnis der Genfer Beratungen die 40-Stundenwoche einführen.

SPD. In Ostpreussen haben die Agrarier eine neue Kürzung der Hofgänger- und der Melkerlöhne durchgedrückt. Dabei sind die Löhne der ostpreussischen Ländarbeiter längst wahre Hungerlöhne.

Vor den Reichstagswahlen hat das Organ der Hitlerbewegung in Ostpreussen, "Preussische Zeitung", grosspurig verkündet, dass jeder, der den Lohn abbau, sich von der Bewegung trenne. Jetzt rühren jedoch weit und breit die Nazis keinen Finger, um gegen den Lohndruck der ostpreussischen Agrarier vorzugehen. Man hört und sieht nichts davon, dass irgendwo ein Lohndrücker die Hitlerpartei verlassen muss. Statt gegen den Lohndruck anzukämpfen geht man bei den Lohndrückern schnorren; denn der Unterhalt der Privatarmee Hitlers kostet Geld. So ist dieser Tage im Kreis Elbing von der NSDAP ein neues Bettelrundsreiben an die Agrarier verschickt worden.

Nur ein Narr kann von Leuten, die bei Lohndrückern betteln gehen, einen ernsthaften Kampf gegen den Lohndruck erwarten.



Rekordernte 1932.

Kaufkraft für die Preisbildung entscheidend.

SPD. Die Rekordernte 1932 wird vom Reichsstatistischen Amt in ihrem Schätzungsbericht für Anfang September bestätigt. Allein die Brotgetreide=ernte dürfte um 2,6 Millionen Tonnen grösser sein als im Vorjahr. So wird die Weizenernte rund 870 000 Tonnen mehr erbringen; die Roggenernte sogar 1,7 Millionen Tonnen.

Es ist nun einmal der Widerspruch und der Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dass reiche Ernten doppelte Absatz- und Preissorgen auslösen. Obwohl Millionen von Menschen buchstäblich hungern, zwingt die widersinnige Konstruktion und der vernunftlose Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bestimmte Kreise, sich den Kopf zu zerbrechen, wie man die Ernte unterbringt. Nach den Spielregeln des Kapitalismus muss ein grösseres Angebot den Preis drücken. Eine Rekordernte muss also zu niedrigen Preisen führen. Die Sorgen der deutschen Landwirtschaft sind also schon verständlich, dass die Erlöse einer Rekordernte geringer sein werden als die Erlöse einer mittelmässigen bzw. geringen Ernte. Diese Sorgen beherrschen schon seit Monaten unsere Agrarpolitik, haben zu ausgedehnten Stützungen an unsern Getreidemärkten geführt. Schliesslich sind diese Stützungen ein Kampf gegen die Natur, gegen das Füllhorn ihrer Gaben. Die Aussichten in diesem Kampf sind höchst einseitig und eindeutig. Man kann den Menschen in Deutschland, der menschlichen Ernährung Brotgetreide entziehen, durch überhöhte Preise und anderes mehr. Dann erhält der Landwirt einen hohen Preis. Aber er kann zu diesem Preis nur geringere Mengen absetzen. Was tut er aber mit den Brotgetreidemengen, die nicht verkauft werden können und die übrig bleiben? Er wird den Rest verfüttern an den vermehrten Schweinebestand. Dann wird das Angebot von Schweinen in einigen Monaten steigen. Das muss auf den Schweinepreis drücken. Was man an Preisen beim Roggen zu viel genommen hat, verliert man nachher an den Schweinepreisen. Die Situation hat wohl gewechselt, sich aber nicht geändert.

Die Dinge liegen heute in Deutschland so, dass wir, abgesehen von Futtermitteln, Getreide vom Ausland nicht einzuführen brauchen. Deutschland deckt seinen Brotgetreidebedarf selbst. Deutschland produziert selbst sein Brot. Die Preisbildung muss sich also auf dem deutschen Markt vollziehen. Autarkie, Kontingente und Zölle, können angesichts dieser Situation den Brotgetreidepreis nicht steigern. Die ganze Preisbildung hängt davon ab, welche Mengen an Brotgetreide von der Bevölkerung gekauft, bezahlt und verbraucht werden können. Die Kaufkraft der Bevölkerung entscheidet über den Brotgetreidepreis. Es ist Zeit, dass die Landwirtschaft das erkennt und auch politisch danach handelt. Der Kampf gegen die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie, der gerade auf dem Lande eine Art Sport geworden ist, ist für die Landwirtschaft ein grosser Nachteil, weil dieser Kampf jenen Kreisen zu statten kommt, die die Industriearbeiterlöhne abbauen wollen. Das ist das eine. Andererseits ist es Wahnsinn, gegenwärtig in die Getreidemärkte einzugreifen, um die Getreidepreise zu überhöhen. Die Eingriffe in die Getreidemärkte müssen sich darauf beschränken, die gefährlichen und verderblichen Preisschwankungen zu unterbinden. Uebersteigen sie die Kaufkraft der breiten

Bevölkerung, dann werden sie eine Gefahr für die gesamte Wirtschaft und für die Landwirtschaft im besonderen. Die schlechteste Preispolitik ist doch die, wenn man seinen Kunden totschiägt. Und das tut man, wenn man die Löhne ab= baut, aber auch, wenn man die Preise übersteigert.

Auf Grund der vorliegenden Meldungen ist, immer pro Hektar und in Doppel= zentnern, bei Winterroggen mit 18,9 dz, bei Sommerroggen mit 14, bei Winter= weizen mit 22,3, bei Sommerweizen mit 21,5, bei Spelz mit 14,7, bei Winter= gerste mit 25,2, bei Sommergerste mit 19,7 und bei Hafer mit 20,4 dz zu rechnen. Unter Zugrundelegung der Anbaufläche ergeben sich folgende Gesamt= mengen: Winterroggen 8,3 Millionen Tonnen (1931 = 6,6 Mill. Tonnen), Sommer= roggen 95 000 to (88 000), Winterweizen 4,4 Millionen Tonnen (3,7 Mill. to), Sommerweizen 656 000 to (564 000 to), Spelz 167 000 to (133 000), Winter= gerste 621 000 to (507 000), Sommergerste 2,6 Millionen to (2,5 Mill. to), Hafer 6,7 Millionen Tonnen (6,2 Mill. to).

Gegenüber dem Vorjahr werden an Weizen 870 000 Tonnen mehr, an Roggen 1,7 Millionen Tonnen, an Hafer 500 000 Tonnen, an Wintergerste 115 000 Tonnen und an Sommergerste an 90 000 Tonnen mehr zur Verfügung stehen.

SPD. An der Berliner Börse hat am Donnerstag die Aufwärtsbewegung der Kurse wieder eingesetzt. Wohl hat das Publikum, auch das Publikum aus dem Reich, grössere Verkaufsaufträge gegeben, aber die Verkaufsaufträge aus= serst hoch limitiert. Die Kurse setzten durchweg 1 bis 1,5 % höher ein als am Mittwoch. Die am Mittwoch stärker gedrückten Werte, besonders Montan= werte, gewannen 3 bis 4 %. Im grossen und ganzen war der Verlauf der Börse nicht einheitlich; jedoch bildete sich zum Schluss eine bemerkenswerte Fe= stigkeit heraus.

Eine Sonderhaussse hatte Neubesitz, der sich von 6,10 auf 7,25 steigern konnte. Man rechnet hier damit, dass mit Aufhören der Reparationszahlungen für dieses Papier irgendwelche Verzinsung eintreten dürfte. Der Renten= markt war nicht einheitlich, aber gut gehalten. Die Schwankungen waren nicht besonders gross.

SPD. Die Rohstoffhaussse hat sich auf dem deutschen Grosshandelsindex dahin ausgewirkt, dass die industriellen Rohstoffe und Halbwaren, Preisstand von 1913 = 100 gesetzt, während des Monats August um 1,2 % auf 87,6 ange= zogen haben.

Trotzdem ist für den Gesamtindex ein Rückgang von 0,5 % auf 95,4 fest= zustellen. Der Agrarindex erleidet eine Einbusse um 1,6 % auf 91. Hier sind vor allem die Preise für Brotgetreide, Mehl und Kartoffel gefallen. Dagegen erhöhten sich die Viehpreise um nicht weniger als 7,2 %, was ja auch mit zu der im August zu beobachtenden Fleischpreissteigerung beigetragen hat. Sehr wahrscheinlich wird, soweit die Viehpreise in Frage kommen, schon in den nächsten Wochen ein Rückschlag einsetzen. Zurückgegangen ist auch der Index für industrielle Fertigwaren und zwar um 0,9 % auf 115,8.

Unter den industriellen Rohstoffen ergeben sich für den Monatsdurch= schnitt August gegenüber dem Stand im Juli Steigerungen bei Baumwolle um 21,9 % bei Wolle um 1,4, bei Rohseide um 2, bei Flachs um 2,5, bei Jute um 18,2, Rinderhäute um 8,1, Kupfer um 10,3, Blei um 16,8, bei Zink um 12,5, bei Zinn um 9 und schliesslich bei Kautschuk um 9,1 %. Auch die Preise für Garne, Leder und Metallhalbfabrikate haben sich zum Teil erhöht.

SPD. Das Konjunkturforschungsinstitut schätzt die Investitionen in Deutschland, also die Neu- und Ersatzanlagen, für das Jahr 1931 auf etwa 6 bis 7 Milliarden Mark gegenüber 10,2 Milliarden im Jahre 1930, 12,8 Milliarden im Jahre 1929 und 14,3 Milliarden im Jahre 1928. In der Zeit von 1924 bis 1929 hat die deutsche Industrie insgesamt 32,8 Milliarden Mark investiert. Der durchschnittliche Aufwand in den Investitionen stellt sich in den drei Jahren von 1927 bis 1929 - wobei die Rationalisierung und der Aufbau der Wirtschaft mitspielt - auf jährlich 7 Milliarden Mark. 1930 verringerte sich der Umfang der Neuanlagen gegenüber dem Stand von 1927 um die Hälfte. 1931 hat der Anlagenbestand in der Volkswirtschaft nicht mehr nennenswert zugenommen. Für das Jahr 1932 schätzt das Institut auf eine Verringerung der Anlagen.

Die Vorräte, für die Deutschland in der Zeit von 1924 bis 1928 etwa 12 Milliarden Mark ausgab, haben sich 1929 bereits um 1 Milliarde, 1930 um 4 Milliarden und 1931 um 5 Milliarden verringert. Im Jahre 1930 dürfte insbesondere ein mengenmässiger Abbau der Läger eingetreten sein. Schaltet man die Preisbewegung aus, so ergibt sich, dass die Lagermengen von Anfang 1930 bis Anfang 1932 um etwa 8 bis 10 % gesunken sein dürften.

SPD. Die Spitzenorganisation der deutschen Städte, der Deutsche Städte- tag, hat am Donnerstag Gelegenheit genommen, mit seinen Finanzsorgen vor die Öffentlichkeit zu treten. Die Lage der deutschen Städte wird nach aussen hin gekennzeichnet durch die Tatsache, dass zwei der auch im Ausland bekanntesten deutschen Städte, Köln und Frankfurt am Main, nicht in der Lage sind, den am 1. Oktober fälligen Zinsendienst und die Anleiheabzahlung zu leisten.

Wenn die deutschen Städte mit ihren Geldsorgen bis jetzt zurückgehalten haben, dann war diese Zurückhaltung wohl von der Sorge diktiert, den Wirtschaftsoptimismus der Reichsregierung nicht zu stören. Sie wollten die Massnahmen des Reichs, die auf eine Wirtschaftsbelebung hinzielen, nicht durchkreuzen. Eine solche Zurückhaltung ist aber nur bestimmte Zeit möglich. Der Zwang, aus der Zurückhaltung herauszutreten, ergab sich durch die Finanzlage in Frankfurt und in Köln. Die Reichspolitik ist nun einmal darauf abgestellt, die Last des ungeheuren Erwerbslosenheeres auf die Städte abzuwälzen. Daraus resultieren die Sorgen der Städte. Nun geht es nicht mehr weiter. Köln und Frankfurt - diese beiden Städte werden darin leider nicht allein stehen - haben am 1. Oktober die Wahl, entweder die Erwerbslosenunterstützungen einzustellen oder den Zinsdienst auf ihre Anleihen nicht zu leisten. Die Wahl wird selbstverständlich nicht schwer fallen. Der Dienst für die Erwerbslosen muss und wird vorangehen. Was aber die Tatsache, dass zwei der wichtigsten deutschen Städte am 1. Oktober ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, für unseren Anleihemarkt, der eben erst zum Leben erwacht ist, bedeuten muss, brauchen wir wohl nicht weiter auszuführen. Die Folgen werden sich besonders deshalb misslich gestalten müssen, weil es sich sowohl bei Köln als auch bei Frankfurt um Auslandsanleihen handelt. Die Massnahmen, die die Reichsregierung in ihrer letzten Notverordnung getroffen hat, genügen nicht, um Hilfe zu bringen.

Das Reich muss also eingreifen und das Reich hat ja auch das Versprechen gegeben einzugreifen, wenn die von ihm angenommenen Durchschnittszahlen in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge überschritten sind. Dieser Fall ist nun, nach den amtlichen Zahlen, eingetreten.

Dass die Städte unverschuldet in den gegenwärtigen Zustand geraten sind, ist klar. Das Reich hat im vorigen Jahr den Banken in ausreichender

Weise geholfen, hat bei den grossen Privatunternehmungen helfend eingegriffen. Es hat zum mindesten die Pflicht, die öffentliche Wirtschaft nicht anders zu behandeln als die Privatwirtschaft.

SPD. Der Deutsche Städtetag wendet sich in einer besonderen Darstellung gegen die Finanzpolitik der Reichsregierung, die den Fehler der Brüning-Regierung macht und der Entwicklung der Gemeindefinanzen nicht die nötige Sorgfalt zukommen lässt.

Viele Städte, so betont der Deutsche Städtetag, waren angesichts des Ausbleibens genügender Reichs- und Staatshilfe genötigt, einkommende Staatssteuern für die Ernährung der Arbeitslosen in Anspruch zu nehmen. Die Städte könnten nicht mehr darauf warten, ob die von der Reichsregierung erhoffte Entlastung des gesamten Arbeitsmarktes auch bei ihnen zu einer beachtlichen Vermehrung ihrer Fürsorgelasten führen wird, zumal die praktischen Auswirkungen eines Aufschwungs der Konjunktur die öffentlichen Körperschaften erst verhältnismässig spät entlasten werden. Die von der Reichsregierung angenommenen Jahresdurchschnittszahlen in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge würden nicht wesentlich unterschritten, in der gemeindlichen Wohlfahrtsfürsorge dagegen überschritten. Nach den Berechnungen des Städtetages würden in der Arbeitslosenversicherung 170 000 Personen weniger, in der Krisenfürsorge 195 000 Personen weniger, in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge dagegen 350 000 Personen mehr vorhanden sein, als die Reichsregierung bei der letzten Notverordnung angenommen hat. Bei den ersten beiden Instituten würde das Reich also eine Entlastung von 163 Millionen Mark erfahren, während die Bezirksfürsorgeverbände eine Mehrbelastung von 155,5 Millionen Mark zu tragen haben werden. Diese Entwicklung mache notwendig, dass die bei der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge im Jahresergebnis voraussichtlich eintretenden wesentlichen Ersparnisse zunächst und ausschliesslich zur weiteren Entlastung der Gemeinden von ihren gestiegenen Wohlfahrtslasten verwandt werden. Die Ersparnisse des Reiches seien dabei höher als die Mehrbelastung der Gemeinden. Die Reichsregierung habe den gesamten Gemeindeaufwand für die Arbeitslosenhilfe 1932 ausdrücklich auf 680 Millionen Mark begrenzt. Nachdem sich diese Summe um mehr als 150 Millionen Mark erhöht, müsse die Reichshilfe wenigstens um diesen Betrag gesteigert werden.

Diese Massnahme bedeutet auch keine Belastung des Reichshaushalts, da die Notverordnung vom Juli 1932 bereits für die erforderliche Deckung Sorge getragen hat.

SPD. Die "Textil-Woche" schätzt die Weltproduktion an Kunstseide für das Jahr 1931 auf 211 Millionen Kilogramm. Danach hat sich eine starke Steigerung der Erzeugung durchgesetzt und zwar von 135 Millionen Kilogramm im Jahre 1927 auf 190 Millionen im Jahre 1929 und 195 Millionen im Jahre 1930. Die deutsche Kunstseidenproduktion ist von 19 Millionen Kilogramm im Jahre 1927 auf 29 Millionen im Jahre 1929 und 32 Millionen im Jahre 1931 angewachsen. Die Steigerung im Jahre 1931 macht gegenüber dem Vorjahr nicht weniger als 2 Millionen Kilogramm aus. Der deutsche Kunstseidenverbrauch betrug im Jahre 1927 nur 24 Millionen Kilogramm. Er steigerte sich bis zum Jahre 1930 auf 35 Millionen und bis zum Jahre 1931 auf 38 Millionen Kilogramm.

Fester auf Stützung.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Sept.)

SPD. Fehlende Anregung vom Mehlmarkt her liess auch am Donnerstag an der Berliner Produktenbörse keine grössere Umsatztätigkeit aufkommen. Das Geschäft bewegte sich vielmehr weiter in ruhigen Grenzen. Trotzdem setzte infolge einiger Interventionen Roggen gut behauptet ein. Im Verlauf der Börse konnte, nachdem die Stützungsmaßnahmen der Regierung bekannt geworden waren, Roggen am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte Befestigungen von $\frac{1}{2}$ bis 1 Mark durchsetzen. Weizen lag dagegen etwas schwächer. Da das Angebot stärker war und die Nachfrage der Mühlen nicht genügte, hatte Weizen im Prompt- und Zeitgeschäft Rückgänge bis zu etwa 1 Mark aufzuweisen. Der Absatz in Roggenmehl stockte fast völlig, während in Weizenmehl nur kleine Bedarfsgeschäfte vorgenommen wurden. Hafer war ziemlich behauptet, Gerste kaum verändert.

	7. September (ab märkische Station in Mark)	8. September
Weizen	211 - 213	210 - 212
Roggen	161 - 163	161 - 163
Braugerste	177 - 187	176 - 186
Futter- und Industrierogerste	169 - 176	169 - 175
Hafer	139 - 144	139 - 144
Weizenmehl	25,00-30,40	25,00-30,25
Roggenmehl	22,00-24,25	21,80-24,25
Weizenkleie	9,75-10,25	9,85-10,30
Roggenkleie	8,25 $\frac{1}{2}$ 8,75	8,25- 8,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 223 $\frac{1}{2}$ -223 $\frac{1}{2}$ (224), Oktober 223 $\frac{1}{2}$ -223 $\frac{1}{2}$ (224 $\frac{1}{2}$), Dezember 224 $\frac{1}{2}$ (225), März 230 $\frac{1}{2}$ -230-230 $\frac{1}{2}$ (231). Roggen September 173 $\frac{1}{2}$ + Geld (172 $\frac{1}{2}$) Oktober 174-175 (173 $\frac{1}{2}$), Dezember 175 $\frac{1}{2}$ -176 Geld (175), März 180 bis 181 Geld (180). Hafer September 146 $\frac{1}{2}$ (-), Oktober -(-), Dezember - bis 147 (-). März -(-).

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 8. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM. Tendenz: stetig.

SPD. Ueber die Roggenstützung hat das Reichsernährungsministerium am Donnerstag Mitteilungen gemacht, wonach die Stützung in allen Ueberschussgebieten einsetzen soll und zwar solange, bis sich eine "natürliche Erleichterung" ergibt. Die aufgekauften Roggenmengen werden nicht eingelagert, sondern sofort der Verfütterung zugeführt. Die Abnehmer haben ab Reichsvollbahnstation den eonisierten Roggen mit 137 bzw. 140 Mark pro Tonne zu bezahlen. Den entstehenden Verlust will man decken, indem man der deutschen Getreidehandelsgesellschaft, die den Aufkauf durchführt, Gerstenscheine zur Verfügung stellt. Das Reich finanziert also die ganze Aktion schon dadurch, dass es auf Gerstenzoll verzichtet.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 68

Berlin, den 8. September 1932

aus Fortschritt. X

SPD. Je tiefer die bürgerliche Klasse den Lebensstandard des Proletariats herunterdrückt, umso mehr ist er gezwungen, durch Geburtenbeschränkung ein noch weiteres Herabsinken seines Lebensniveaus zu verhüten. Die bisher gebräuchlichen chemischen und technischen Verhütungsmittel haben neben ihrer eigenen Unvollkommenheit für den Proletarier den entscheidenden Nachteil, dass sie zuteuer sind. Das trägt zum grossen Teil dazu bei, dass die Verhütung unzulänglich geschieht und viele Frauen, in höchste Not geraten, dem mörderischen § 218 zum Opfer fallen. Umso mehr muss es darum für tausende Proletarierfrauen wie eine Erlösung wirken, wenn nun endlich ein Weg gefunden worden ist, ohne Anwendung irgendwelcher künstlicher Mittel die Empfängnis sicher zu verhüten.

Der japanische Frauenarzt Dr. K. Ogino hat festgestellt, dass die empfängnisfähige Zeit im Monatszyklus einer Frau nur etwa 8 Tage beträgt, und - das ist das Entscheidende - er hat gezeigt, wie diese Zeit genau bestimmt werden kann. Ausserhalb dieser Zeit ist nach seinen Feststellungen und Erfahrungen eine Empfängnis vollkommen unmöglich. In japanischen Zeitschriften hat Ogino schon vor 8 Jahren davon Mitteilung gemacht, und seitdem findet seine Methode, die eben nur in der Beachtung der empfängnisfähigen Zeit besteht, allgemeine Verbreitung. Als Ogino in der deutschen "Zeitschrift für Gynäkologie" (Nr. 8) im Herbst 1930 zum ersten Mal in Europa darüber eine Abhandlung veröffentlichte, da erregte das in der wissenschaftlichen Welt allgemeines Aufsehen. Das Wissen um die neue Methode blieb im wesentlichen aber auf diese Kreise beschränkt. Dem Bekanntwerden der Ogino'schen Entdeckung, die das seit dem Altertum bestehende Dogma von der unbeschränkten Fruchtbarkeit der Frau während des ganzen Monats umstösst, stehen die Interessen der herrschenden Klasse entgegen. Sie braucht trotz aller Not immer noch viel "Menschenmaterial", um es im gegebenen Augenblick für ihre Zwecke einzusetzen. Vor allem werden jene Industriekreise, die mit den künstlichen Mitteln Riesengeschäfte machen, alles tun, um die neue Methode zu diskreditieren. Das bisher einzige Buch, das in gemeinverständlicher Weise darüber berichtet, stammt von dem holländischen katholischen Arzte Smulders ("Periodische Enthaltung in der Ehe", Regensburg 1932, 3,50 RM). Dass es von einem Katholiken stammt, ist deshalb nicht verwunderlich, weil die neue Methode die katholische Seelsorge aus einer argen Verlegenheit rettet. Jede künstliche Geburtenbeschränkung "musste" sie bisher ihren Gläubigern verbieten, und das war nicht gerade geeignet, die Leute bei der Stange zu halten.

Die empfängnisfähige Zeit sind die Tage der Ovulation, d.h. die Tage, an denen ein neues befruchtungsfähiges Ei frei wird. Um die genaue Bestimmung dieser Zeit hat man sich jahrzehntelang bemüht. Man kam zu keiner für alle Frauen gültigen Regel, weil man trotz der Kenntnis davon, dass die Ovulation mit der folgenden Menstruation (Monatsblutung) in ursächlichen Zusammenhänge steht, aus blosser Macht der Gewohnheit und ganz unlogisch bei der Berechnung des Ovulationstermins von der verflossenen Menstruation ausging, anstatt - wie Ogino es als erster getan hat - von der folgenden. Weil die früheren Forscher noch dazu bei Frauen mit ganz verschiedener Zyklendauer Untersuchungen angestellt hatten, mussten sie zu den widersprechendsten Ergebnissen kommen. Ogino hat nun nach jahrelangen klinischen Be-

Beobachtungen an operierten Frauen festgestellt, dass der Ovulationstermin immer in die Zeit vom 12. bis 16. Tage vor der folgenden Menstruation fällt. Unabhängig von Ogino ist auch der österreichische Professor Knaus in Graz zum gleichen Ergebnis gekommen. Weil man nun aus neueren Forschungen weiss, dass das menschliche Ei nur wenige Stunden nach seinem Erscheinen befruchtbar bleibt und der männliche Samen auch nur 48 Stunden lang befruchtungsfähig ist, so ergibt sich im ganzen eine empfängnisfähige Zeit von höchstens 8 Tagen. Für Frauen, deren Monatszyklus regelmässig 23, 24, 25 Tage umfasst, ergibt sich also die empfängnisfreie Zeit folgendermassen: Beginnend mit dem ersten Tage vor der zu erwartenden Monatsblutung rechnet man 11 Tage rückwärts; der 12. bis 19. Tag sind dann die empfängnisfähige Zeit. Während der ganzen übrigen Zeit ist die Frau unfruchtbar. Bei einer Frau mit dem häufigsten Zyklus von 28 Tagen sind also 20 Tage empfängnisfrei. Mit Rücksicht auf schwankende Zyklen und die nicht selten vorkommenden krankhaften Unregelmässigkeiten wird man vor der praktischen Anwendung am besten den Arzt oder die Sexualberatungsstelle zu Rate ziehen. Knaus hat für Frauen mit 26- bis 30-tägigen Zyklus einen leicht zu handhabenden Monatskalender, "Konzip" genannt, hergestellt. (Käuflich für 2 Schilling bei H. Heyszler, Stübing bei Graz, Oesterreich). Die neue Ogino-Knaus'sche Methode, die es nach vieltausendjähriger Geschichte zum ersten Mal ermöglicht, auf einfach-natürlichem Wege den Zeugungsprozess nach menschlichem Willen zu regeln, ist geeignet, gerade im Proletarierleben viel Not und Sorge zu verhüten.

P.R.

----- Die Frau am Bienenstock.^X -----

SPD. Als ich vor wenigen Tagen eingepfercht in einer überfüllten Strassenbahn stand, stieg sie ein: Ein junges, blühendes, frisches Mädel, sonnenverbrannt, mit klaren, hellen Augen. Ich erkannte sie sofort wieder, obwohl ich sie seit Jahren nicht mehr gesehen hatte. Kaum hatte sie mich erblickt, da zwängte sie sich freudestrahlend zu mir durch. "Schön ist es gerade nicht hier", sagte sie lachend, "Aber wenn man ein bekanntes Gesicht sieht, dann kann man's schon eine Weile aushalten." Kräftig schüttelte sie meine Hand. "Sie sehen ja glänzend aus", sagte ich freudig überrascht. "Sie haben wohl trotz der Arbeitslosigkeit noch eine Stellung erwischt - oder sind Sie verlobt, dass Sie so glücklich in die Welt schauen?"

"Pah" - sie schürzte verächtlich die Lippen - "verlobt! Aber eine schöne Stellung habe ich wirklich, und die werd' ich auch behalten!"

Der ganze Wagen horchte auf. "Hat schon manche gesagt, die am nächsten Tag stempeln jing", meinte eine Frau. Die Andern gaben ihr recht. "Heute ist keiner sicher!" - "Wat sind Sie denn, wenn man fragen darf, Fräuleinchen?" Meine junge Freundin warf stolz den Kopf in den Nacken. "Imkerin bin ich", sagte sie nachdrücklich. Sie hätte ebenso gut "Reichspräsidentin" sagen können, so hoheitsvoll sah sie die Fragesteller an.

"Wat?" - "Nanu, jibt's denn sowas ooch schon?" - "Wat hat sie jesagt?" - "Wat is'n det?", schwirrte es durcheinander. "Sie lässt sich von die Bienen in die Neese stechen! Und det nennt sie eine jute Stellung! Na, viel Verjügen!" Ein lautes Gelächter brach los. Meine Freundin würdigte die Spötter keines Blickes. Aber sie nahm meinen Arm und zog mich an das Wagenende. "An der nächsten Station muss ich aussteigen, Begleiten Sie mich doch ein Stückchen!" bat sie. "Dann erzähle ich Ihnen alles. Dann werden Sie auch verstehen, warum ich so mit meinem Berufe verwachsen bin!" Ich willigte gern ein.

Plaudernd schritten wir nebeneinander. "Ja, ich bin Imkerin geworden",

sagte sie. "Und habe es bis zum heutigen Tage noch keine Sekunde bereut! Anfangs waren sie natürlich alle dagegen! Meine Eltern, die liebe Verwandtschaft! Sie waren alle genau so verblüfft wie die Leute eben in der Strassenbahn! Aber ich hab' recht behalten. Heute sässe ich irgendwo auf einem Büro oder wäre längst entlassen. So aber habe ich Sonne und Luft und Blumen und Wald um mich!" Sie reckte die Arme. "Ich will Ihnen alles der Reihe nach erzählen", fuhr sie fort. "Sie möchten natürlich wissen, was man lernen muss, und was man zu tun hat. Also, ich habe zunächst eine halbjährige Lehrzeit in einer Imkerinnen-Schule durchgemacht. Da lernte ich das Aufstellen der Bienenkästen, die man natürlich selbst zimmern muss, die Behandlung der Bienen, das Honigschleudern, und was eben alles dazu gehört. Fein ist das, und garnicht schwer zu lernen. Ausserdem hab' ich aber Schreibmaschinenschreiben, Nähen, Stopfen, Flicker, Plätten, Gartenbau gelernt, und augenblicklich treibe ich fremde Sprachen, denn eine Imkerin muss vielseitig sein. Wir haben ja in der Hauptsache eigentlich nur von Mai bis Anfang August zu tun, und wenn man auf einem Gut oder in einer Grossgärtnerei oder einer Obstbaumschule angestellt ist, muss man natürlich auch noch etwas anderes können."

"Aber stechen die Bienen Sie denn nicht?" wandte ich etwas zaghaft ein.

"Das ist die erste Frage, die mir jeder vorlegt, dem ich von meinem Beruf erzähle", antwortete sie lachend. "Nein, meine Bienen stechen mich nicht, denn sie kennen mich. Ausserdem hantiere ich ja nicht etwa in meinem Sommerkleide an den Bienenkästen, sondern ich trage bei der Arbeit immer meinen Imkeranzug mit langen Hosen, Handschuhen und einer Kopfschutzhaube."

"Und wie sind Sie bloss auf den Gedanken gekommen, Imkerin zu werden?"

"Als modernes Mädchel muss man einen Beruf wählen, der einem nicht nur einen Lebensinhalt geben kann, sondern der auch eine gewisse Garantie bietet, dass man sich über Wasser halten kann in der heutigen Zeit", sagte sie würdevoll. "Manche meiner Freundinnen stellen sich zwar unter Lebensinhalt etwas anderes vor, aber das ist Geschmackssache! Ich bin nun mal keine Grossstadtpflanze. Meine Heimat ist das Land. Dorthin gehöre ich, und dort kann ich auch wirken. Erst war ich auf einem Gute, aber das gefiel mir's nicht so recht. Jetzt bin ich in einer grosseren Imkerei. Das ist schon bedeutend schöner. Und in wenigen Monaten" - sie senkte geheimnisvoll die Stimme - "mache ich mich selbständig. Hundert Bienenstöcke braucht man, um auskommen zu können, und die hab' ich. Zwei Freundinnen, die seit der Imkerinnenschule durch dick und dünn mit mir gegangen sind, machen mit! Bald werden wir unser Dreimäderlhaus aufmachen, und einen Honig werden wir da fabrizieren, einen Honig- - -!" Scherzhaft spitzte sie die Lippen. "Süsser als der süsseste Kuss! Was bekommt man manchmal für schlechtes, gefälschtes Zeug! Und das nennt sich dann "reiner" Blütenhpnig!"

"Glauben Sie, dass man andern jungen Mädchen auch zu Ihrem Berufe raten könnte?" fragte ich.

Sie wiegte den Kopf. "Man kann diese Frage natürlich nur für sich selbst beantworten. Es gehört Lust und Liebe dazu. Wie ich die Verhältnisse einschätze, glaube ich auch bestimmt, dass ein tüchtiges, gesundes Mädchel als Imkerin ihr Auskommen finden wird, denn augenblicklich ist tatsächlich Bedarf an Imkerinnen. Wer sich dafür interessiert, der kann sich am besten an den Reichsausschuss für Bienenzucht, Berlin S W 11, Dessauerstrasse 23, wenden oder an das Institut für Bienenkudenanin Berlin-Dahlem. Dort ist alles bis in die Einzelheiten zu erfahren. Aber nun will ich Ihnen noch einen guten Rat geben, damit Sie reinen, guten Honig von dem gefälschten Produkt unterscheiden können. Wenn Sie etwas Honig in reinem Wasser lösen, darf die Lösung nicht schmierig sein oder säuerlich riechen oder einen Bodensatz bilden, sondern sie muss klar oder höchstens ganz schwach getrübt sein. Jeder Honig kandielt einige Monate nach der Ernte; d.h., er wird fest. Seine

Güte aber wird dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt."

Wir verabschiedeten uns. "Hoffentlich macht Ihnen Ihr Beruf auch weiterhin so viel Freude!"

Sie nickte strahlend. Dann aber wurde ihr Gesicht ganz ernst. "Es ist nicht allein das Landleben und die Natur, die mir so viel Freude machen," sagte sie. "Wenn ich meinen Honig schleudere, denke ich auch noch an etwas anderes. Ich sehe dann im Geiste viele Kinder und viele Erwachsene, für die der Honig ein gesundes Nahrungsmittel sein könnte, wenn sie nur das Geld hätten, ihn zu kaufen. Deshalb möchte ich daran mitarbeiten, dass der Honig so preiswert und so gut als möglich wird! So kann die Frau am Bienenstock, und wenn sie noch so abseits zu stehen scheint, wertvolle Mitarbeit in unserer Volkswirtschaft leisten und schaffendes Glied unserer grossen Gemeinschaft der Arbeitenden sein."

Elke.

Verkitschte Wirklichkeit.

SPD. Manchmal verrutschen ein wenig die Masken, diesich gewisse Menschen vorhalten, und es geschehen unfreiwillige Demaskierungen. Die wahren Gesichter und Einstellungen der Menschen treten zu Tage, und sowohl Beteiligte als auch Unbeteiligte sind überrascht. Natürlich will ich mit dieser Feststellung auf einen besonderen Fall hinaus. Es handelt sich um die Frage: Soll der Film die Wirklichkeit so darstellen, wie sie ist, oder soll er sie beschönigen. Da kommt uns der Zufall zu Hilfe und lässt einen Filmregisseur aus der Schule plaudern - und weil wir die Klasse der kleinen Leute sind, für die der Riesenapparat der Filmherstellung in Betrieb gesetzt wird, so geht uns diese Plauderei ungemein viel an:

"Jeder Mensch träumt von Zeiten, in welchen es ihm materiell besser gehen wird. Die kleine Verkäuferin sieht sich als elegante Einkäuferin, die nach Paris geschickt wird, um dort die neuesten Modelle für ihre Firma zu erwerben; die kleine Kontorangestellte als Prokuristin oder Gattin des Chefs mit eigenem Automobil, eigener Villa usw. Wenn solche Menschen, aus denen die Mehrzahl des Filmpublikums ja zusammengesetzt ist, ein Kino besuchen, wollen sie ihre Träume auf der Leinwand realisiert sehen. Sie wollen ihre Schauspielerlieblinge als elegant gekleidete Leute, wollen sie in einer Umgebung sehen, welche sie für sich selbst in Zukunft erhoffen."

So also sehen wir, die Masse der kleinen Leute, in den Köpfen der Herren vom Film aus! Wie tröstlich ist doch das Gefühl für uns, dass diesen Herren ein grosser Irrtum unterlaufen ist: nicht die kleinen Kontorangestellten träumen sich als Gattinnen des Chefs, sondern die grossen Filmschauspielerinnen leben in der törichten Einbildung, sie müssten im Film aus kleinen Kontorangestellten Gattinnen des Chefs machen, wenn sie die Sehnsucht richtiger Kontorangestellten spielen. Die kleine Kontorangestellte ist viel zu nüchtern, ist sachlich genug, um zu wissen, was das Schicksal für sie in Bereitschaft hält. Sie sehnt sich nach den kleinen Verschönerungen ihres Lebens und überlässt es romantischen, durch den Film verkitschten Köpfen, von einem Sprung oder einer Flucht aus dieser klassenmässig gebundenen Lage zu träumen. In dieser Beziehung ist der Wunderglaube in unserer Zeit sehr zurückgegangen. Es müsste ihm schon die Filmbranche neue Nahrung geben, indem sie nicht nur in der Filmoperette Chefs an kleine Angestellte zu vergeben hat, sondern auch im Alltagsleben Millionen Chefs in Bereitschaft hält, die auf die Millionen armer Mädchen warten, um aus ihnen Gattinnen mit eigenem Automobil und eigener Villa zu machen. Aber - dann wäre es schon keiner Wunder mehr.

Sicher ist es richtig, dass eine grosse Zahl der heutigen Kinobesucher vom schönen Schein des Films eingefangen wird. Aber ebenso richtig ist es, dass die Wünsche dieser Kinobesucher an den Film nicht ihren Wunschträumen an das Leben entsprechen. Der Film ist es, der sich in seinen eigenen Netzen gefangen hat. Manchmal sieht man im Beiprogramm einen Erstlingsfilm laufen, dessen Entstehung kaum zwei Jahrzehnte zurückliegen mag: Uebertriebene, heute lächerlich wirkende, unnatürliche und theatrale Gesten, Handlungen, die kein wirklicher Mensch begibt, Sensationsfilme aus dem wilden Westen; alles sehr primitiv und "wild". Erst in dem Augenblick, in dem der Film aus seinen technischen Anfängen und Mängeln herauskam, übersteigerte er sich in Aufmachung und Ausstattung. Das grosse Wettrennen um den Film begann, der das meiste Geld gekostet hatte, die berühmtesten Stars und die meisten Menschen beschäftigte, den grössten Luxus aufwies und in den vornehmsten oder exotischen Gegenden der Welt spielte. Irgendein Rekord musste dabei sein! Das wurde das Ziel der Filmhersteller. Dass dabei die andern Möglichkeiten des Films, um deretwillen man ihn als grossen Kulturfortschritt preisen muss, völlig ungenutzt blieben, dass sie noch heute in den allerersten Anfängen stecken, ja, dass sie sogar mit der Erfindung des Tonfilms wieder ganz an die Wand gequetscht worden sind, das können Leute, die derart weltfremde Vorstellungen von der grossen Masse in sich tragen, natürlich nicht sehen. Welche Möglichkeiten der Tonfilm hat, das mag angedeutet werden durch drei Filmtitel: "Halleluja", der erste Negertonfilm, "Unter den Dächern von Paris", ein Spiel von französischen "kleinen Leuten", "Der Weg ins Leben", den die durch Krieg und Hunger allein gelassene russische Jugend geht. Niemand wird behaupten wollen, dass diese drei Filme keine Kassenstücke gewesen wären, sofern der finanzielle Erfolg ausschlaggebend bei der Filmherstellung ist. Wenn das grosse Filmpublicum trotzdem mit Saccharin-Süssigkeiten überfüttert wird, die alle nach der gleichen Melodie abgeleiert werden, so hat sich für die Filmhersteller der Teufelskreis geschlossen: Falsche Einstellung und Unkenntnis von dem Dasein und den Wünschen der grossen Masse haben sie falsche Wege einschlagen lassen. Ihr ewiges Beschreiten hat die Wege nicht richtiger gemacht, doch in den Leuten vom Film sind sie in der Einbildung zu richtigen geworden, die sie nun als direkt von der grossen Masse bezogen ansehen. Ueber diesen Umweg ist das Wort entstanden: Die Masse, das Publikum, will es so!

Wenn man richtig zusieht, ist es die Unfähigkeit und die Sucht der Filmhersteller, schnell reich zu werden, die sie dieses Wort aussprechen und es zum Leitmotiv ihrer Arbeit machen lässt. Das Publikum will auch Charlie Chaplin, und es lacht sich gesund an den einfachen und überaus köstlichen Einfällen der Micky Maus; es spürt die Wahrheit und Tiefe in der Gestaltung feinsten seelischer Regungen einer Elisabeth Bergner, und es geht ebenso mit in Expeditions- und Naturfilmen wie in den russischen Revolutionsfilmen, in denen die Masse selbst spielt und die "eleganten Schauspielerlieblinge" zu Hause lässt.

Zwar ist die politische Seite der Volksverkitschung die wichtigste; sie, die den Arbeitern das wahre Gesicht ihres Lebens vorenthält und sie einschläfert. Um dem drückenden Alltag zu entrinnen, sehen viele nicht, dass der Film die grösste Maskenverleihanstalt des Jahrhunderts ist: Menschen und Dinge versieht er bis zur grössten Unkenntlichkeit mit Masken, die er ihnen durch seine grosse Darstellungskraft als lebendige Wirklichkeit einzureden vermag. Trotzdem mag es heute genug sein mit der Beantwortung der Frage: Will die Masse betrogen sein? Das eindeutige Nein fällt uns nicht schwer. Nur der Masse der "kleinen Leute" fällt es nicht immer leicht, den Betrug, der sich oft so angenehm einschmeichelt, zu erkennen. Die Aufklärungsarbeit der Kulturorganisationen der Arbeiterschaft muss viel umfassender werden. Wir können uns nicht länger darauf beschränken, eine wirksame

Filmkritik nur in unsern guten Bildungszeitschriften vorzunehmen. Es muss dahin gestrebt werden, die Filmkritik unserer Tagespresse vom Reklameetat der Filmunternehmungen unabhängig zu machen und sie allmählich ganz abzulösen. Kein Warenhaus verlangt von unserer Presse, dass sie im lokalen Teile Lobartikel über die Waren schreibt, für die sie im Annoncenteile grosse Inserate aufgibt. Auch die Film"warenhäuser" haben kein Recht auf die Lobpreisung ihrer Waren und schon garnicht auf die ihrer schlechten, die sie in einer erdrückenden Ueberzahl präsentieren. Für uns kann es nur heissen: unsre Klässengenossen, die "kleinen Leute", so kritisch zu machen, dass sie keinen Schaden an Seele und Geist nehmen und ohne nennenswerte Gefahr die Zeit überdauern, in der wir noch nicht selbst als überragender Filmproduzent auftreten können.

Trude Wiechert (Hannover).

X

Dora will ins Kino.

SPD. Eigentlich hatte ich ja hineingehen wollen, denkt das Dienstmädchen Dora. Wie ich dann aber in meine Tasche griff, waren nur noch siebenzig Pfennige drin, und dabei sind meine Schuhe schon wieder kaputt. Wenn ich nun aber so von unten herauf in die Höhe sehe, kommt es mir vor, als sei der Himmel hier genau so blau und weit wie über der kleinen ostfränkischen Stadt daheim, und dabei habe ich mir eingebildet, er müsse blauer sein und weiter über Berlin.

Ich weiss noch, wie der Vater mir schweigend die Hand gab zum Abschied, und wie er mir dann, als der Zug schon fuhr, doch noch etwas nachgerufen hat. Wenn es mir einmal schlecht geht, werde ich daran zu denken haben, dass ich wiederkommen darf, wenn wir uns auch lange schon voneinander fortgelebt haben daheim.

Ich will das vergessen. Alles, was hinter mir liegt, verweht im Gluthauch dieser grossen Stadt. "Gnädige Frau", habe ich vor einer Stunde gesagt - weil ich so sagen muss, wenn ich will, dass sie mir eine Antwort gibt -, "ich bitte um Urlaub für heute Abend. Ich möchte ins Kino gehen". Ich werde ihren Blick nicht vergessen, und wenn sie hundertmal auf der Erde liegen würde dafür, Dabei habe ich wochenlang um diese freie Stunde gearbeitet. Sie hat es nicht fertig gebracht, mich schweigend gehen zu lassen: "Wissen Sie, dass man heute für nichts ein Mädchen bekommen kann, mein Kind?" Und sie zeigte mir eine Zeitungsannoncen; da stand: "Hausgehilfin ohne Lohn gegen Wohnung und Verpflegung. Offerten unter..." Noch hatte ich die Klinke nicht in der Hand und hätte bleiben können, aber ich weiss, dass sie mir doch kündigen wird. Ich sehe heute schon das vorwurfsvolle Lächeln, mit dem sie mir sagt, dass sie mich nicht halten kann. Ich könnte sie ermorden für ihre anmassende Heuchelei, aber ich weiss schon, dass ich nur da stehen und hilflose Worte stammeln werde. Ich habe niemanden, dem ich von jenem Fieber reden kann, das mir ins Blut gefallen ist in der kleinen Stadt, bis ich alle Ketten zerrissen habe und ausgebrochen bin. Sie haben es daheim nie ganz verstanden, und darum werde ich auch nicht wiederkommen können, und wenn ich verhungern müsste auf der fremden Strasse hier.

Die Gesichter der Menschen, die an mir vorübergleiten, sind ausgehöhlt von einer inneren Not, und ich habe geglaubt, diese dumpfe Hoffnungslosigkeit sei nur bei uns daheim. Aus den Glasspiegeln der Schaikästen fällt mir mein Bild wie das Bild eines fremden Mädchens zu. Ich weiss nicht mehr, warum ich ausgezogen bin aus der kleinen Stadt: ich glaubte, das Leben müsse blühen hier wie eine seltene Blume, brennen wie die Sommersonne aus dem Hof-

zont. Ich bin meiner eigenen Sehnsucht nachgelaufen und bin doch nur vor ihr davongelaufen. Ich stehe vor einem Kino, in das ich nicht hineingegangen bin, trotzdem ich mich gern einmal vergessen wollte am Kitsch. Ich zitterte vor dem Schmutz, der sich ausbreitet neben mir, wie vor dem Griff einer brutalen Hand, - ich sehe mir die phantastischen Photos da an: der Filmstar Loja P. fährt im Rennwagen durch die Dolomiten... ich bewundere die seltsamen Formen der Berge, die ich niemals erblicken werde, und ich hasse diese Menschen, die mich mit ihren Luxusmärchen bluffen wollen.

Ich bin froh, dass ich doch nicht ins Kino gegangen bin. Morgen werde ich meine Schuhe fortbringen zur Reparatur. Uebermorgen werd' ich auf der Strasse liegen. Dann werde ich daran denken, dass ich nicht verzweifeln darf. Wenn ich mich umdrehe und so von unten herauf an den Gesichtern der Menschen hochsehe, weiss ich, dass ich zu denen gehöre, die in der Hoffnungslosigkeit marschieren und doch im aussichtslosesten Wandern noch Mut haben. Ein grosses Heer ist das, und es zerfällt in viele Gruppen; da sind die Stürmer und dort die Besonnenen, da die Schwachen und dort die leise vor sich hin Wimmern- den, da die gebeugten Schultern und dort die Köpfe mit den in die Sterne gerückten Stirnen... Sie haben einen langen Weg vor sich, und wenn wir auf diesem Wege einmal in die kleine ostfränkische Stadt stossen werden, dann kann ich in die Stube treten daheim und ihnen sagen, dass ich geheilt bin von jener falschen, glanzsüchtigen Sehnsucht im Blute...

Das Dienstmädchen Dora geht langsam den Weg zurück.

"Sie scheinen sich ja gut amüsiert zu haben, mein Kind!" keift die gnädige Frau.

Das Dienstmädchen Dora geht schweigend in die Küche. Sie wird mir kündigen, geht es ihr noch durch den Kopf. Aber sie hat nun gar keine Angst mehr davor.

Marie Gleit.

SPD. Verfeinerung des Gemüsegeschmacks.^x Der herbe und rohe Geschmack mancher Gemüse ist vielen Menschen unangenehm, und besonders Kinder und Männer lehnen aus diesem Grunde oft Spinat, Mangold und dergleichen ab. Da gibt es ein recht einfaches und zuträgliches Mittel, um Abhilfe dagegen zu schaffen: Eine rohe oder gekochte Kartoffel wird fein gerieben und dem Gemüse zugesetzt. Ueber den sich darauf ergebenden milden Geschmack wird man erstaunt sein und mit Freuden feststellen, dass nun auch bisherige Verächter der so gesunden Pflanzenkost mit Appetit unsere herrlichen Gemüse verspeisen.

SPD. Missverständene Aufklärung.^x Frau H. wird auf dem Wochenmarkte von einer Bäuerin, bei der sie Blumenkohl kaufen will, immerfort mit "Fräulein" angeredet. Frau H. sagt der Bäuerin schliesslich: "Ich bin bereits Mutter von zwei Kindern, liebe Frau!" Die gute Frau öffnet erstaunt den Mund und sagt nach einer kurzen Pause: "Genau wie meine Emma. Die hat sich auch von so einem verdammten Kerl reinlegen lassen."

Die Wahrheit ist wohl einem Diamant zu vergleichen, dessen Strahlen nicht nach einer Seite gehen, sondern nach vielen.

Goethe.
